

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Er scheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Bedingungen
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 erste oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: Adresse „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 4. Juli 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Verkehrseindliche Junker.

Jährlich, wenn auf dem Felde die gesteigerte Arbeit
 begonnen hat, beginnt gleichzeitig in den agrarischen Blättern
 das Lamento über die „Landsucht“ und die „Kontrakt-
 brüchigkeit“ der ländlichen Arbeiter, die in die Städte zögen,
 um den großstädtischen Vergnügen nachzugehen und so die
 „nationale Landwirtschaft“ unserer Junker schwer schädigten.
 Mittel zur Abhilfe ist den Junkern dann regelmäßig die
 Beschränkung der Freizügigkeit, so lange
 ihnen ihr Ideal: die gänzliche Beseitigung derselben,
 unerreichbar erscheint. Der Värm der Junker bewirkt
 stets, daß die Regierung ihnen mit „kleinen Mitteln“ bei-
 springt. Soldaten werden in Menge zu Ernte-Arbeiten auf
 großen Gütern beurlaubt und im vorigen Jahre ist den
 Junkern im Abgeordnetenhaus versprochen worden, man wolle
 den Zugang zur Stadt vom Nachweise einer Wohnung abhängig
 machen.

Die Furcht, ihre Schollenklaven zu verlieren, ist auch
 die eigentliche Ursache der Eisenbahnfeindschaft der
 Junker. Diese besteht allerdings nur soweit der Personen-
 tarife in Frage kommt. Was den Gütertarif
 anbelangt, so lassen sie sich hier „kleine Mittel“ recht gern ge-
 fallen. So haben sie durch ihre Lamentationen über die
 Verheerungen der Winterfröste in Posen und Westpreußen
 erreicht, daß die Regierung ihnen außerordentliche
 Frachtermäßigungen für den Bezug von Futter- und
 Streumitteln und Saatgut gewährt hat, wobei z. B. bei
 Streumitteln der Rohstofftarif den Kostleidenden um die Hälfte
 ermäßigt worden ist. Solche kleinen Vorteile, durch welche
 ihre Produktionskosten verringert werden, stecken die Agrarier
 schmunzelnd ein, sie erheben aber sofort ein wildes Geschrei,
 wenn die Arbeiter billige Personentariife verlangen, um ihre
 Arbeitskraft dort verkaufen zu können, wo sie ihnen am
 höchsten bezahlt wird. Dann müssen hohe Fahr-
 preise und verkehrte Eisenbahnpolitik dazu dienen,
 den Arbeiter an die Scholle und in den Nacht-
 bereich der junkerlichen Amte zu fesseln. Auch jetzt, bei
 den Klagen über Landsucht und Kontraktbruch sehen die
 Junkerblätter mit scheelen Blicken auf die „billigen“ Eisen-
 bahnen, die ihnen angeblich die Arbeiter in die Industriestädte
 entführt.

Als im vergangenen Winter in der Budgetkommission des
 Reichstags der Centrums-Müller aus Jüdis die klassischen
 Sätze aussprach: „Der Verkehrsduffel muß aufhören! Denn
 der übergroße Verkehr eingeschränkt wird, so wäre dies kein
 Unglück. Die ganze Menschheit ist jetzt fast ununter-
 brochen auf der Eisenbahn. Es wird zu viel gereist.
 Die Leute sollten lieber zu Haus bleiben“, spendeten
 ihm die Junkerblätter lebhaften Beifall. So und ähnlich
 haben sie ja längst gesprochen. Graf Limburg-Sirum sprach
 seiner Zeit im Abgeordnetenhaus das Wort von der „Eisen-
 bahn-Bagabondage“, um Fahrvertenerung in der vierten
 Wagenklasse zu erreichen. Graf Nibbach verlangte im
 Herrenhause „ein menschenwürdiges Dasein in der I. Eisen-
 bahnklasse“ und gleichzeitig verlangten die Junker, daß die
 ermäßigten Fahrpreise, welche die Eisenbahnverwaltung allen
 größeren Gesellschaften gewährt, für die „Sachsgänger“
 nicht Anwendung finden sollten. 1897 klagte Graf
 Kaulz im Abgeordnetenhaus über die bestehenden
 billigen Personentariife, die „den Wandertrieb“ beförderten.
 Am Sommer desselben Jahres ging der Vorstand der ost-
 preussischen Landwirtschaftskammer gar so weit, beim
 Ministerium zu beantragen, die Arbeiter auszuschließen
 von der allgemein geltenden Vergünstigung, wonach Gesell-
 schaften von mindestens dreißig Personen in der vierten
 Wagenklasse zu dem Tarif für Militärbilletts zu befördern
 sind. Auch für diese Antragsteller war maßgebend, es den
 Arbeitern zu erschweren, sich dorthin zu begeben, wo ihnen
 höhere Löhne gezahlt werden.

Wenn die ländlichen Arbeiter der Stadt zustreben, so ist
 nicht die „billige“ Fahrgelegenheit an und für sich die Ursache,
 sondern die jämmerliche Behandlung durch den Junker, das
 miserable „Leuteffien“, der niedrige Lohn und die erbärm-
 liche Behandlung. Das treibt die Arbeiter vom Lande fort.
 Diese Landsucht vollzieht sich jedoch — leider, möchten
 wir hinzufügen — lange nicht in dem von den Junkern be-
 haupteten Umfange. Wer nicht bloß den Verkehr an groß-
 städtischen Bahnhöfen betrachtet, sondern die Eisenbahnstatistik
 reden läßt, der weiß, daß soweit die Arbeiterklasse in Betracht
 kommt, lange nicht genug gereist wird, weil eben der Arbeiter
 nicht die Mittel und die Macht hat, jederzeit den Aufenthalt
 zu wechseln, um seine Arbeitskraft besser zu verkaufen. Durch
 seine ökonomische Lage gezwungen, ist der Arbeiter heute
 noch erstaunlich seßhaft, was eben die Eisenbahnstatistik be-
 weist.

Auf der preussischen Staatsbahn (preussische und hessische
 Eisenbahn, Betriebs- und Finanzgemeinschaft) wurden im
 letzten Jahre, über welches die Statistik Auskunft giebt, 1899:
 553 962 123 Fahrten von Reisenden ausgeführt, die sich auf
 insgesamt 13 044 364 510 Personenkilometer erstreckten. An
 und für sich bedeutende Zahlen, die jedoch sofort zusammen-
 geschauert wenn man sie mit der vorhandenen Bevölkerungsziffer
 in Zusammenhang bringt. Da nämlich während des
 Jahres 1899 sich im Gebiete der preussisch-hessischen Eisen-
 bahngemeinschaft 35 500 000 Menschen aufhielten, so entfallen

auf jeden einzelnen von ihnen 15 Eisenbahnfahrten. Ver-
 rechnet man überdies die gesamten Fahrten auf die gesamten
 zurückgelegten Personenkilometer, so waren diese Fahrten
 im Mittel 23,55 Kilometer lang, gegen das Vorjahr sogar
 eine Verminderung um 0,10 Kilometer. Es kommen also auf
 jeden preussischen Einwohner jährlich 15 Fahrten von je etwa
 halbstündiger Dauer! Doch auch das ist eher noch zu hoch
 gegriffen. Denn von diesen 553 Millionen Eisenbahnfahrten
 in Preußen-Hessen entfallen noch ca. 150 Millionen auf den
 Berliner Orts- und Vorortverkehr, und unter dem dann ver-
 bleibenden Rest sind noch weitere 145 Millionen Fahrten auf
 Arbeiterwochenarten und Zeitarten. Diese Fahrten sind
 durchschnittlich nur 9 Kilometer lang, dauern also etwas über
 eine Viertelstunde und sind ebenfalls unter den Orts-
 und Vorortverkehr zu rechnen. Erst den dann verbleibenden
 Rest kann man als große Fahrten bezeichnen.

Nun aber besagen überdies auch noch die amtlichen Fest-
 stellungen, daß nur 2,7 Proz. aller Fahrten über 200 Kilo-
 meter hinausgehen; 61,5 Proz. bewegen sich zwischen 1 bis
 20 Kilometern, 22,1 Proz. zwischen 21 und 50 Kilometern
 und nur 1,3 Proz. zwischen 50 und 100 Kilometern, der Rest
 darüber.

So ist also die Bevölkerung im allgemeinen sehr seßhaft,
 der Einzelne wechselt seinen Wohnort durchaus nicht so oft,
 wie es die agrarischen Feinde der Freizügigkeit darstellen;
 der Wechsel des Wohnorts gehört vielmehr beim Einzelnen
 nahezu zu den Seltenheiten. Die „Reisen“ des Arbeiters be-
 schränken sich auf die Eisenbahnfahrt aus dem Vorort in die
 Fabrik und am Sonntag auf einen Ausflug mit der Bahn,
 der selten über eine halbe Stunde lang ist. Für den länd-
 lichen Arbeiter dürfte selbst diese Benigkeit ein Zuviel sein;
 er macht vielleicht noch nicht einmal eine kleine Bahnfahrt
 im Jahre.

Das Gerede agrarischer Blätter über die „Landsucht“
 über die Abwanderung der Arbeiter mittels der
 Eisenbahn in die Städte, führt somit die Statistik auf ihr
 richtiges Maß zurück. Die Abwanderung der Arbeiter
 vom Lande in die Städte ist nicht so groß, wie
 die Abwanderung der Arbeiter von einer Industriestadt
 in die andre. Und die Abwanderung vom Lande wird nicht
 verhindert durch das Schimpfen auf den „gesteigerten Ver-
 kehr“, der wegen der teureren Personentariife lange nicht im
 Verhältnis zur Bevölkerungsvermehrung gestiegen ist, sondern
 nur durch die Schaffung besserer Existenzbedingungen,
 menschenwürdigerer Behandlung des ländlichen Arbeiters.

Verbilligung der Personentariife der Eisenbahn, Aus-
 dehnung des Verkehrswezens liegt im Interesse der Arbeiter-
 klasse. Das Geschimpfe der Junkerblätter auf den gesteigerten
 Verkehr zeigt nur immer aufs neue, wie sie in jeder Beziehung
 den Rückschritt wollen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Juli.

Das Kriegrecht in Gumbinnen.

Der „Gerichtsherr“ in Gumbinnen, der Generalleutnant
 v. Alten, hat sich bei der Einlegung der Berufung gegen die Frei-
 sprechung der der Ermordung des Mitmeisters v. Krosigk An-
 geklagten — der „Rational-Zeitung“ zufolge — einer Kritik des
 Urteils erster Instanz bedient, wie sie wohl bei bürgerlichen
 Gerichten noch niemals vorgekommen. Er erklärte nämlich:

Durch die Beweisaufnahme der Hauptverhandlung erster Instanz
 seien die sämtlichen wesentlichen, Warten und Hidel schwer belastenden
 Thatfachen, auf welche die Anklage wegen Mordes und Meuterei
 aufgebaut ist, erwiesen worden; es hätte demnach eine Ver-
 urteilung der beiden Angeklagten Warten und Hidel nach dieser
 Richtung im Sinne der Anklage erfolgen müssen.

Hier erscheint die subjektive Meinung des Gerichtsherrn über
 die Schuld der Angeklagten geradezu in der Form eines „Regiments-
 befehls“ an die Richter, die Angeklagten zu verurteilen. Die
 Offiziere, die in der Berufungsinstanz über den Fall Recht zu
 sprechen haben, werden durch eine derartige Aeußerung von vorn-
 herein angewiesen, die beiden zu verurteilen.

Mit dieser Ueberschreitung seines Rechts auf private Meinungs-
 freiheit nicht zufrieden, ist der Gerichtsherr auch noch einer andern
 Seite entschieden zu Ungunsten der Angeklagten eingeschritten. Er
 hat ihnen — kaum glaublich! — ihren Rechtsbeistand entzogen.
 Welchen Verteidigern ist von dem General-Lieutenant
 v. Alten angezeigt worden, daß ihre Bestallung nach der Ein-
 legung der Berufung nicht auch für die zweite Instanz gelte und
 erloschen sei. Der schriftliche und mündliche Verkehr mit den An-
 geklagten ist ihnen demgemäß zur Zeit nicht mehr gestattet.

Bei den Beratungen der Militärgerichts-Ordnung im Reichstag
 ist von unsrer Partei und auch von andern auf die Bedenklichkeit der
 Bestimmung hingewiesen worden, daß bürgerliche Rechtsanwältin nur
 dann als Verteidiger zugelassen werden, wenn sie entweder von der obersten
 Militär-Justizverwaltung zugelassen sind oder — bei gewissen Verbrechen
 und Vergehen des bürgerlichen Strafgesetzbuchs — die besondere Erlau-
 bnis des Gerichtsherrn erhalten. Aber die Vermutung hat auch der
 Militärjustizverwaltung nicht im Reichstag gehabt, daß ein Gerichtsherr,
 dem die Freisprechung eines Angeklagten nicht gefällt, einfach für
 die Berufungsinstanz die Verteidiger entfernt, weil sie nach seiner
 militärischen Auffassung allzu scharf die Interessen ihrer Klienten
 vertreten haben.

Als der Gerichtsherr v. Alten sich über die gesetzliche Be-
 stimmung hinwegsetzte, die die Postenlassung eines Freigesprochenen
 gebietet, da entschuldigte man den Offizier mit der Ungeübtheit des

Militärs in den Formalien. Jetzt erfahren wir, daß derselbe Herr
 v. Alten sich mit außerordentlicher Gewandtheit formelle Be-
 stimmungen zu nütze zu machen weiß, wenn sie ihm nur passen.
 Hat er damals eine gesetzliche Bestimmung verkehrt, so wendet er
 jetzt einen unglückseligen Paragraphen der Militärgerichts-Ordnung
 mit der Kunst des geschicktesten Advolaten an. Allerdings war das
 nicht die Absicht der Gesetzgeber, daß der Gerichtsherr einen einmal
 zugelassenen Anwalt sollte in der zweiten Instanz plötzlich entfernen
 können, weil er ihm un bequem geworden.

Nach dem § 341 der Militär-Gerichtsordnung ist — bei den in
 Betracht kommenden bürgerlichen Verbrechen oder Vergehen — die
 Verteidigung durch einen bei den deutschen Gerichten zugelassenen Rechts-
 anwalt zu gestatten, „wenn nicht eine Gefährdung militärischer
 Interessen oder eine Gefährdung der Staatssicherheit zu befürchten ist.“
 Den Rechtsanwältin steht, wenn ihr zu erwartender Antrag auf Bestallung
 als Verteidiger abgelehnt werden sollte, gegen den Beschluß des
 Gerichtsherrn Rechtsbeschwerde an die oberste Militär-Justizver-
 waltung zu. Der Fall liegt hier um so schwerer, als die Anwälte
 nicht aus freien Stücken sich um die Uebernahme der Verteidigung
 beworben haben, sondern amtlich von dem Gerichtsherrn
 bestellt worden sind. Jedemfalls sind nun die beiden des
 Mordes Verdächtigten einseitig ihres juristischen Beirats beraubt —
 während man auch dem schweißlichsten Verbrecher, dessen Schuld er-
 wiesen, von Amts wegen Verteidiger beizugeben muß.

Das Gumbinner Verfahren bedeutet den Wankrott des
 neuen Militärrechts. Eine schleunige Revision des Gesetzes
 ist unbedingt geboten. Kamerallich wird mit dem Institut
 des Gerichtsherrn ebenso aufzuräumen sein, wie mit der
 Genehmigung der Zulassung von Rechtsanwältin. Darüber
 hinaus wird das ganze militärische Sonderrecht bekämpft
 und die Forderung eines einheitlichen Rechts für das bürger-
 liche Leben wie für das Heer energisch erhoben werden müssen. Es
 geht nicht an, im Frieden das Recht zu läden nach den Gebräuchen
 des Krieges.

Die „Nat.-Ztg.“ erfährt noch, daß der Hauptzeuge für
 die Anklage, Dragoner Sloped, schon vor einiger Zeit
 von der 4. Schwadron der 8. Dragoner-Regiment
 König Albert von Sachsen (Sächsisches) Nr. 10 nach Allenstein
 versetzt worden ist. Die Versetzung soll der kommandierende
 General des 1. Armeekorps verfügt haben.

Unternehmerhege gegen die Fabrikinspektion.

Aus Baden wird uns geschrieben: In die von unserm Unter-
 nehmertum gegen den verdienstvollen Vorstand der badischen Fabrik-
 inspektion, Geh. Reg.-Rat Wörisch hoffer, seit Jahren betriebenen
 Hege scheint jetzt System gebracht werden zu sollen, nachdem in
 letzter Zeit da und dort vereinzelte Angriffe gegen ihn gerichtet
 worden sind. Unsern Schwarzwälder Parteigenossen — das
 bekannte „Schweinegild“ zeigt sich auch auf jenen Höhen der
 Socialdemokratie gänzlich — ist ein „vertrauliches“ Schreiben in die
 Hände gefallen, das die Handelskammer Billingen an
 die Fabrikanten des Bezirks gerichtet hat. Dasselbe hat folgenden
 Wortlaut:

Billingen, im Juni 1901.

P. P.

Aus Fabrikantenreisen unsrer Bezirks sind seit
 längerer Zeit Klagen über das Verfahren der Beamten der
 Grob- Fabrikinspektion in Ausübung ihres Berufs zu
 unserer Kenntnis gekommen — über Anstrengen derselben in Fabrik-
 räumlichkeiten, Anklagen bezüglich Schußvorrichtungen,
 Abhaltung von Arbeiterversammlungen und ge-
 heimem Sprechstunden für die Arbeiter etc.

Um ein umfassendes Urteil über den Umfang und die Be-
 rechtigung solcher Klagen zu gewinnen, beschloß die Handels-
 kammer in ihrer letzten Plenarsitzung, bei den hauptsächlich in Be-
 tracht kommenden Firmen geeignete Anfrage zu halten.

Wir bitten Sie, demgemäß uns innerhalb vier Wochen gefl.
 mitteilen zu wollen, ob Sie ebenfalls Klage zu äußern haben und
 bejahendenfalls uns dieselbe möglichst ausführlich nach jeder Rich-
 tung hin mitteilen zu wollen.

Wir sichern Ihnen bezüglich Namensnennung strengste
 Diskretion zu und bitten auch Sie, die Angelegenheit vor-
 läufig als eine vertrauliche behandeln zu wollen.

Die Handelskammer.

Der Präsident: Wenz.

Dr. jur. Anorz.

Damit wäre also eine veritable Inquisitionsbehörde geschaffen,
 die die Scheiter zusammenträgt, auf denen der Fabrikinspektor
 Wörisch hoffer und seine Beamten verbrannt werden sollen. Be-
 zeichnend für die vielgerühmte „Arbeiterfreundlichkeit“ der Schwarz-
 wälder Fabrikantenllique ist die Thatfache, daß selbst die Forderung
 von Schußvorrichtungen gegen Unfälle ihren Unwillen erregt; ebenso
 sind ihnen auch die geheimen Sprechstunden der Aufsichtsbeamten
 für die Arbeiter ein Dorn im Auge. Warum giebt man den Herren
 aber auch keine Gelegenheit, ihre Aulis kennen zu lernen, die über
 die Zustände in den Betrieben zu klagen haben? Durch die Ent-
 lassung wäre diesen Klagen ja am einfachsten abgeholfen. Wie schon
 nimmt sich unsre vielgerühmte Arbeiterschut-Beizeggebung doch auf
 dem Papiere aus! Wehe dem aber, der sich unterstellen sollte, ihr
 praktische Geltung zu verschaffen! —

Deutsches Reich.

Die Schussucht nach einem Militärkonflikt. Als vor zwei
 Jahren die Kanalvorlage den Bruch zwischen den Konservativen und
 der Krone veranlaßte, ließ Herr v. Miquel als rettenden Ableiter die
 große Marinovorlage aufkaufen. Das gleiche Schauspiel wird jetzt

zu Lande verläßt. Die Kanalverbindung und die agrarische Jollangst veranlassen Treiberien, die auf die Erzielung eines Militärfiskus hinarbeiten, in dem sich dann die Kanalwerke und Wotowunder als die allein zuverlässigen Stützen des Vaterlandes und der Krone lärmend beweisen wollen. Die „Kreuz-Ztg.“ erklärt es zwar für erfindlich, daß die Konservativen und Agrarier die Meldung einer neuen Militärvorlage erfunden und verbreitet hätten, um damit irgendwelche politische Spekulation zu machen. In gleicher Zeit aber abentruhmte die „Post“ einen Artikel der „Kreuz-Ztg.“, der die Steigerung der Präsenzstärke um 25 000 Mann für dringend notwendig erklärt wird.

Man wird diese Machinationen aufmerksam verfolgen müssen. —

Täten. Wie der „Tag“ verkündet, werde der Bundesrat zu dem Diätenantrag Stellung nehmen. Es werde angenommen, daß der Bundesrat den Antrag genehmigen wird, zumal der Reichstanzler persönlich nicht abgeneigt ist, seinen Einfluß in diesem Sinne geltend zu machen. —

Die 15-tägigen Rückfahr-Karten sind jetzt auch im Anhangverkehr der Reichs-Eisenbahnen, der medlenburgischen und württembergischen Bahnen sowie der Main-Redar-Bahn eingeführt worden. —

Was ist eine öffentliche Versammlung? In Hannover wurden zwei öffentliche Metallarbeiter-Versammlungen aufgelöst, weil sie von der Polizei als nicht öffentlich betrachtet wurden, sondern als Vereinsversammlungen des Metallarbeiter-Berbands, der sich nach einer weiteren Annahme der Polizei mit politischen Angelegenheiten beschäftigt und weil endlich in den aufgelösten Versammlungen Frauen anwesend waren. Die Anwesenheit der Frauen ist die einzige Thatsache, das übrige sind Annahmen der Polizei, die allerdings nötig waren, um die Auflösung zu rechtfertigen, die aber darum noch lange nicht begründet sind.

Die Auflösung und damit die Annahme des libertarischen Beamten ist sowohl vom Polizeipräsidenten wie auch vom Regierungspräsidenten gebilligt worden.

Als nicht öffentlich, sondern als Vereinsversammlung wird die Versammlung von der Polizei deswegen angesehen, weil der Einberufer gleichzeitig Vorsitzender der dortigen Filiale des Metallarbeiter-Berbands ist und weil ein erheblicher Teil der Mitglieder dieses Vereins auch gleichzeitig Besucher der öffentlichen Versammlungen waren. Danach wäre der Vorsitzende eines Vereins der Metallarbeiter niemals in der Lage, eine öffentliche Versammlung der Metallarbeiter einzuberufen und die Mitglieder eines solchen Vereins wären niemals in der Lage, eine solche öffentliche Versammlung zu besuchen; immer wieder die Versammlung zu einer Vereinsversammlung. Im Interesse des Versammlungsrechts ist es zu wünschen, daß sich die Betroffenen nicht bei der Entscheidung des Regierungspräsidenten beruhigen.

Eine öffentliche Versammlung kann niemals zu einer Vereinsversammlung werden durch Umstände, die in der Person der Veranstalter oder Teilnehmer liegen. Sobald die gesetzlichen Vorschriften erfüllt sind, die für die Veranstaltung öffentlicher Versammlungen gegeben sind, ist eine öffentliche Versammlung vorhanden, und um daraus Vereinszusammenkünfte zu konstituieren, müßte erst der Nachweis einer dauernden Verbindung und einer über die Dauer der einzelnen Versammlung hinausgehenden fortgesetzten gemeinsamen Tätigkeit erbracht werden. Es kann selbst dann noch nicht von einer Vereinsversammlung gesprochen werden, wenn der oder die Veranstalter unter deutlicher Kennzeichnung ihrer Eigenschaft als Vereinsleiter eine öffentliche Versammlung veranstalten, denn sie begeben sich durch Veranstaltung der öffentlichen Versammlung gewisser Freiheiten und Rechte, die dem Verein sowohl in gesetzlicher Beziehung als auch seinen Mitgliedern gegenüber zustehen. Es bleibt eine öffentliche Versammlung, solange sie nicht im Zusammenhang mit andern Veranstaltungen eine Vereinsthätigkeit ausübt. —

Daß die Socialdemokratie die politische Vertretung der Arbeiterklasse ist, giebt jetzt auch die „Post“ zu. Sie nimmt Kritik von unsrer Polentil gegen die „Leipziger Zeitung“ und sagt dazu:

„Daß die Socialdemokratie die politische Vertretung der Arbeiterklasse nach dem Willen und im Sinne der Wähler ist, darüber kann kein Zweifel sein. Daß sie aber auch wirklich Arbeiterinteressen wahrnimmt, ist mit aller Entschiedenheit zu bestreiten; insofern ist sie keineswegs die politische Vertretung der Arbeiterklasse.“

Das genügt gegenüber dem auch von der „Post“ wiederholt besprochenen Mandat der Socialdemokratie. Ob wie wirklich die Arbeiterinteressen wahrnehmen, darüber kann die „Post“ das Urteil der Arbeiterklasse überlassen. Diese wird schon dafür sorgen, daß ihre Interessen wirklich vertreten werden. —

Zur Zeit unbekannt. Von der aus russischer Quelle berichteten Abfahrt des Grafen Sklow, im Laufe dieses Monats nach Petersburg zu reisen, ist — nach offizieller Mitteilung — in hiesigen Regierungskreisen nichts bekannt. —

Belehr. Am 19. Juni 1901 nannte es die „Kreuz-Zeitung“ einen Ehrenmann schimpflich verleumdete, wenn man ihm nachsage, er sei vom Wunde der Landwirts subventioniert. Am 3. Juli 1901 erklärt dasselbe Blatt, der Geheimagent des Bundes im Centrum, Herr Bauer, brauche den „Bormärt“ nicht zu verlegen, denn er sei gar nicht beleidigt. In der Behauptung, daß jemand vom Wunde der Landwirts subventioniert werde, „wird man ebenso wenig eine Beleidigung erblicken können, wie in der vor Jahren gemachten Angabe, daß einzelne mit ziemlicher Deutlichkeit bezeichnete Führer der deutschen Reichshändler vom Cobdenklub Weibchen erhalten haben.“

Das konservative Organ verliert offenbar noch immer über die zwei Moralisten, die einst ihr Chefredakteur Herr v. Hammerstein besessen. Ueber Nacht wird die schimpfliche Verleumdung zu einer Gammelfrage, in der gar nichts zu finden sei. Warum hat also Herr Schrempf und die „Kreuz-Zeitung“ mit ihm so gewaltig über Verleumdungen geschimpft, wenn sie jetzt von derartigen Subventionen meint, daß sie nicht nur Gewinn bringen, sondern auch ehrenvoll seien?

Wahrscheinlich hat sich die „Kreuz-Zeitung“ inzwischen überzeugt, daß es ratsam sei, in den Subventionen nichts Unethisches zu finden, da sie an der „Unbeweisbarkeit“, auf die sie erst rechnete, zu zweifeln begann. Das Blatt wollte offenbar den konservativen Familienverkehr durch die moralische Mißachtung der Subvention nicht stören. So würden die Subventionierten aus schimpflich Verleumdungen zu Ehrenmännern, nachdem es unmöglich geworden, die Thatsachen abzuwehren. —

Herr Ruhland. Die „Münch. Post“ teilt mit, daß Professor Dr. Ruhland seine Subventionierungs-Versuche auch einem Führer der Münchener Gewerkschaftsbewegung gegenüber probiert habe. Dem betreffenden Führer habe er die Vorteile eines gemeinsamen Kampfes der Bauern und Arbeiter gegen das Großkapital und mit Unterstützung erheblicher Fonds aus den Kreisen der Familie Wisnorski und ihrer Freunde in den glühenden Farben ausgemalt. Allerdings mit demselben negativen Erfolge, wie der „Münch. Post“. Wenn Dr. Ruhland sich dieser Kleinigkeiten nicht mehr erinnern könne, so versichert unser Parteiblatt, so würden sie ihm durch Zeugen wieder genau ins Gedächtnis zurückgerufen werden können.

Ferner erzählt die „Münchener Post“: „Wenn auch recht ist, was in Spätherbste 1898, als Ruhland mit Rathgeber und anderen Bauernbundführern in bayerischen Bauernbünden Versammlungen aufsuchte, als er, in todelosen grauen Gewand und mit hellen Samaschen an den Füßen auf der Journalistentribüne des Landtags ein regelmäßiger Gast war, als Rathgeber das graue agrar-ökonomische Bundes-

liberal Herumzeigte und allen, die es hören und auch denen, die es nicht hören wollten, ins Ohr rammte: „Das ist der richtige Nachfolger Brentanos!“ Zur nämlichen Zeit auch begonnen in der Kammer die Rathgeber'schen Angriffe auf Brentano, erschienen in der bauernbündlerischen Presse die gefäßigen Artikel gegen diesen Rationalökonom. Alles Dinge, von denen der graue Freund Dr. Rathgeber natürlich gar keine Ahnung hatte. Nicht wahr, Herr Professor Dr. Ruhland? Da die bayerische Regierung, die ja schon einmal ihre Erfahrungen mit der interessanten Persönlichkeit des Herrn Ruhland gemacht hatte, keine Miene zeigte, die Wünsche Dr. Rathgeber's zu erfüllen, da auch Brentano hochhaft genug war, nicht zum Besten des betriebenen jungen Herrn abzutreten, verwarf dieser vom Plan. Wie er dann später durch Lobreden auf das früher von ihm bekämpfte Centrum sich den Weg zu den Dominikanern nach Freiburg bahnte, wie er die intime Freundschaft des Herrn Dr. Heim wieder gewann, das sind so bekannte Vorgänge, daß sie keiner Aufzeichnung bedürfen.“ —

Der Magistrat einer demokratischen Stadt.

Die Stadtverordneten-Versammlung von Frankfurt a. M. hatte beschlossen, daß die dortige Stadthalle allen politischen Parteien zur Verfügung gestellt werden solle. Der Magistrat ist dem Beschlusse nicht beigetreten und begründet das schriftlich, indem er unter andern ausführt:

„Der Magistrat betrachtet es fortgesetzt als den obersten, und unbedingt festzuhaltenden Grundsatz für unsere Gemeindeverwaltung, daß dieselbe thümlich und jedfalls so weit es von ihr selbst abhängt, von dem politischen Parteigetriebe frei gehalten wird. Unser Parteiwesen hat Gegenstände von solcher Schärfe hervorgerufen, daß die Bekämpfung politischer Gegner vielfach äußerst unliebsame Formen angenommen hat. Dazu kommt, daß einzelne Parteien sowohl nach ihrem Programm als durch ihr thätliches Vorgehen das friedliche Zusammenwirken und die Gleichberechtigung aller Gesellschaftsklassen und Konfessionen ebenso wie wesentliche Grundlagen der staatlichen Ordnung mit schroffer Rücksichtslosigkeit gegen Andersdenkende angreifen.“

Für die Versammlungen dieser Parteien Säle bereit zu stellen, ist sicherlich nicht die Aufgabe der Gemeindeverwaltung. Es kann nicht ausbleiben, daß — wenn der Magistrat diesen Parteien einen Saal für ihre Versammlungen einräumte — weitere Kreise der Bürgerschaft hierin eine Unterstützung jener Bestrebungen erblicken und an die Behörden mit dem Verlangen herantreten würden, in der Stadthalle keine Versammlungen zu dulden, welche eine feindselige und schädliche Bekämpfung einzelner Klassen oder Konfessionen zum Zwecke haben.

Die Herabgabe der Stadthalle würde sonach nicht zum Frieden führen, sondern die ständige Gefahr seiner Störung und der, im Interesse der kommunalen Arbeit höchst unerwünschten, Heranziehung politischer Debatten in die Verhandlungen der Gemeindebehörden hervorrufen.“

Neben dem Oberbürgermeister Dr. Adils, der zwar Mitglied des preussischen Herrenhauses ist, sich aber doch bis zu einem gewissen Grade als liberaler Socialpolitiker aufspielt, sitzen in dem Magistrat der Stadt Frankfurt auch Leute wie Dr. Felsch und Kautenschläger, die als besonders weisliche Socialpolitiker angesehen sein möchten. Und doch kann kein preussischer Polizeiminister an dieser polizeifrommen staatsretterischen Erklärung etwas aussetzen. —

Angriffe auf die kommunale Selbstverwaltung. Aus Königsdorf i. Pr. wird uns geschrieben: Einen Eingriff in das Bestimmungsrecht der Selbstverwaltung will der Regierungspräsident wieder einmal unternehmen. Durch Gemeindebeschluss ist ein neues Statut für die städtische Sparkasse geschaffen. Dagegen hat der Regierungspräsident eine ganze Reihe von Einwendungen erhoben. Der wichtigste ist der, daß er in Zukunft die Verwendung der Ueberüberschüsse der Sparkasse von seiner Zustimmung abhängig machen will. Bisher sind ohne jede Beanstandung die Ueberüberschüsse der Sparkasse nach den gemeinsamen Beschlüssen von Stadtverordneten-Versammlung und Magistrat für gemeinnützige oder wohltätige Zwecke, wie es das Statut bestimmte, verwandt.

Sein Recht, bei der Verwendung der Ueberüberschüsse mitzureden, will der Regierungspräsident aus einer alten Verordnung von 1888 ableiten. Das Interessanteste bei der Sache ist, daß ein Sparkassenstatut von der Genehmigung des Regierungspräsidenten gar nicht abhängig ist. Einwendungen dagegen hat nur der Oberpräsident mit Zustimmung des Provinzialrats zu erheben. Da der Regierungspräsident bei seinem Vorgehen der Zustimmung des Oberpräsidenten gewiß ist, wird es wieder zum Konflikt kommen, denn die städtischen Körperschaften haben das Ansehen des Regierungspräsidenten zurückgewiesen.

Gmundenbriefe als Geschichtsmaterial des Großen Generalstabs.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird geschrieben: „Im Großen Generalstabe der Armee hält man mit der Rückkehr des Generalstabsmarschalls Grafen Waldersee und der Zurückberufung des größten Teils des Expeditionscorps die Zeit für gekommen, alles nur irgend auf die Expedition bezügliche Quellenmaterial schon jetzt für eine spätere wissenschaftliche Verarbeitung sicher zu stellen. In einem an die Truppen- und Bezirkscommandeure gerichteten Schreiben läßt Graf Schlieffen mitteilen:

„Das amtliche Material (Mten, Geschäftsberichte, Dienst-Tagebücher) wird voraussichtlich schon einen sehr reichen Stoff für spätere wissenschaftliche, auf die Expedition bezügliche Arbeiten darbieten. Die außerordentlichen Verhältnisse aber, unter denen die Expedition zu stande kam und verlief, die leidenschaftliche Teilnahme der gesamten Nation, in günstigem ebenso wie in abspredendem Sinne, machen es erwünscht, die Sammlung des Quellenmaterials nicht auf die Dienstpapiere zu beschränken, vielmehr schon jetzt dafür zu sorgen, daß auch Privatmitteilungen von Teilnehmern der Expedition aller Grade hinzutreten. Der Wert solcher Mitteilungen vergrößert sich, wie hier vielfach gemachte Erfahrungen zeigen, von Jahr zu Jahr, und vermag in mancher Richtung geradezu unschätzbar zu werden, wenn die Zeit einer neuen, der Gegenwart fernstehenden Generation gekommen ist.“

Demgemäß bittet Graf Schlieffen die Commandeure um nachdrückliche Unterstützung, indem sie die Empfänger von Briefen, Besigern von Tagebüchern und Erinnerungen veranlassen, diese Papiere dem Generalstabe abzulassen, welcher dafür sorgt, daß sie in seinem Archiv eine würdige und dauernde Stätte der Aufbewahrung finden. Das gesamte abzugebende Material soll mit der größten Discretion und als secret behandelt werden.“

Unter den Privatbriefen aus China spielen bekanntlich die sog. Gmundenbriefe keine geringe Rolle. Es freut uns, daß der Große Generalstab diese viel verlässigsten Konfessionen jetzt als schätzbares Material seine Quellenensammlungen einverleiben will. Hoffentlich läßt er es seiner Zeit auch an einer gewissenhaften Benutzung dieses Materials nicht fehlen! —

Nach der Rückkehr.

Wir erhalten folgende hochsommerliche Zuschrift: Frankfurt a. O., den 28. Juni.

Sehr geehrte Redaktion! Ende Mai erhielt ich einen Reservierungs-Bestellungsbeschl. Sofort bin ich aus dem Wahlverein, aus meiner Gewerkschaft, aus der Konjunktionsgesellschaft, der Freien Volkshäuser und der Freireligiösen Gemeinde aus und dafür in einen konservativen Wahlklub und in den Kriegerverein „Speicheldrüse“ eingetreten, weil ich mir die Möglichkeit sichern wollte, mit erhobener Hand, Brust der Ueberzeugung und eines preussischen Schutzmanns oder sächsischen

Sendarmen würdiger Schwurpoße bezeugen zu können: ich lehne es ab, mich socialdemokratisch zu betätigen — wenn mich der Zufall vielleicht vor's Gericht fähete, wie den vor einigen Jahren wegen Nichtverurteilung des Reineidsparagrafen bestrafte Reservisten dieser.

Seit einer Woche diene ich wieder meinem Vaterland, indem ich mir die Stiefel selber putze, langamien Schritt löbe, allmächtig freie Jagd auf Wägen habe usw. Doch dies interessiert Sie wohl weniger. Hingegen gestalte ich mir, Ihnen folgenden Bericht durchaus wahrheitsgetreu mitzuteilen, in der Hoffnung, daß Sie anwesend werden, wie Unrecht Sie thäten, dem chinesischen Feldzug jede Bedeutung für die Hebung der Kultur abzuspochen. Die deutsche Militärkultur ist durch diesen Krieg ohne Zweifel gehoben worden. Nämlich so:

Wie Sie wissen, ist es eine Eigentümlichkeit der chinesischen Sitte und verlangt es dort zu Lande der gute Ton, daß man im Gespräch mit seinem Nebenmenschen sich selber, die eigene Familie und was drum und drun hängt, das eigne Bekleid, den eignen Charakter, in hunds-gemeiner Weise beschimpft und verkleinert, dagegen Person, Familie, Besitz, Charakter des andern mit Lobes-, Schmeichel- und Aufhebesworten bis in den Himmel erhebt.

Seit vorgestern Nacht ist mit total braun, fast schwarz gebranntem Gesicht der nach China gegangene (1) Unteroffizier Keller zum Regiment und zur Compagnie zurückgekehrt und als Stubenmeister in demselben Raum einquartiert worden, in dem auch ich für ein paar Wochen freie Unterkunft erhalten habe. — Schon einige Tage vorher hatte ich die Stamm-Famiskaffen von diesem Herrn plaudern hören, den sie als einen gar strengen Herrn darstellten und dessen gesunde Rückkehr aus China einige Illusionen unter den Kameraden aufs innigste bedauereten.

Doch siehe da! Die oben geschilderte Eigentümlichkeit des chinesischen Volks hatte auf Keller in einer Weise eingewirkt, die geradezu unbefählich ist, weshalb ich gar nicht erst versuche, die mit ihm vorgegangene Wandlung zu beschreiben, sondern Ihnen wortgetreu berichten will, wie der dienstliche Verkehr dieses Unteroffiziers mit den Mannschaften sich abwickelt.

Gestern früh um 5 Uhr wurde gewacht. Mit Zittern und Jagen, die gepulsten, gestülpten, ausgeklopften Säcken des Gefängnisses in der Hand, machte sich der schon im voraus vom Feldwebel zu Keller's Puffer bestimmte Neut Stephan Brzybillski gegen 1/8 dem Bette des noch Schlafenden und rief: „Herr Unteroffizier! Wagh aufstehen!“ — Keller erwachte, gähnte, wobei er die Hand vor den Mund hielt, und sprach in sanftem Tone: „Ich danke Ihnen, viele- edle Helldenkmale aus Polen's ruhmvollem Geschlecht, daß Sie meinen stinkenden Leib aus dem Schlammer gerissen haben.“ — Verdutzt stand Brzybillski vor dem Bette Keller's, der alsbald in die Hosen fuhr und den Polen folgendermaßen antwortete: „Erweisen Sie, schändestündelnde, glorreicher Jüngling, Ihrer unwürdigen Person die nötige Sorgfalt, die große Gnade, ihm den Koffer aus der Kantine heranzuholen.“ Diesmal verstand Stephan schon besser, und zwei Minuten später war er mit dem dampfenden Beträuf zur Stelle — da — eine ungeschickte Bewegung, und die viele- edle Helldenkmale, der schönheitsleuchtende, glorreiche Jüngling hatte seiner unwürdigen Person von Vorgesetzten die eine Hälfte des siedend-heißen Kaffees auf die blankgeputzten Stiefel, die andre Hälfte auf den stinkenden Leib gegossen!

Mit schlotternden Knieen stand Brzybillski da, eines heiligen Kreuzmilionendowertewitters gewiß. Aber Keller lächelte huldvoll, rief sich die verbrennte Hand und meinte: „Sie haben recht gethan: Ihr gemeiner Knecht ist nicht wert, von Ihren gesegneten Klavasterlingen bedient zu werden.“ — und er ergriff eine Waage und brachte seinem laffetriefenden Schutzwert mit eignen Händen neuen Glanz bei. — —

Der Dienst hatte begonnen: Detail-Exercieren! Keller hatte sich beim Hauptmann und den Herren Vientenanis gemeldet und eine Abteilung von zehn Mann zugewiesen bekommen, zu der auch ich abgeteilt worden war. Während bei den andern Sektionen gebrüllt, geschimpft, gewettert und geschuft wurde, ging bei uns alles in schüchter Ruhe und Gemütslichkeit vor sich. Klappete ein Griff nicht, so stellte Keller sich vor den Betreffenden hin, nahm ihm das Gewehr fort, machte die befohlenen Tempus selber ein paar Duzend Mal vor und sagte: „Werfen Sie Ihr ammuksrahendes Auge auf mein krummbeinig's Knochengerüst und sehen Sie, wie ich unfähiger Lumpenhund Ihnen den Griff zeige.“

Machte einer schlechte Rebetwendungen oder dergleichen, so bekam er etwa folgendes zu hören: „Wollen Sie, geliebte Seele, Ihrem Rhinogeros von Unteroffizier den unverbildeten Gefallen thun, Ihr schon geschwungenes rechtes Bein ein wenig plöcklicher an Ihren wohlgeübten linken Haden heranzuziehen.“ — — —

In dieser Weise also verlehrt Keller mit den Mannschaften! Und Sie, Herr Redacteur, haben immer häßliche Glossen gemacht über die Entsendung deutscher Soldaten nach China! Wissen Sie, was ich thäte, wenn ich zu befehlen hätte? Ich würde dekretieren: „Hierdurch bestimme Ich, daß sämtliche deutschen Unteroffiziere und Offiziere sofort nach China gehen und daselbst so lange verbleiben, bis sie sich mit der chinesischen Kultur völlig vertraut gemacht haben.“

Wilhelm Lehmann,

z. Z. Reservist in der 7. Komp. Gren.-Reg. Nr. 8.

R. S. Ich habe zur Sicherheit eine falsche Garnison, ein falsches Regiment und ein falsche Compagnie angegeben. Der Name stimmt auch nicht — aber alles übrige desto genauer!

Ausland.

Der Streit innerhalb der englischen Liberalen.

Ist plötzlich wieder mit aller Festigkeit ausgebrochen, nachdem es eine Zeitlang dem Ruhschein gehabt, als sei durch die Mitte Mai abgehaltene Jahreskonferenz der Liberalen Partei ein modus vivendi geschaffen worden. Auch auf der Konferenz in Bradford war es allerdings zu heiligen Auseinandersetzungen zwischen dem imperialistischen und dem radikalen Flügel der Partei gekommen, schließlich jedoch war eine Kompromißresolution in Sachen des südafrikanischen Kriegs angenommen worden, die zwar weder dem imperialistischen noch dem anti-imperialistischen Teil der Partei recht gefallen konnte, aus deren einstimmiger Annahme man jedoch schließen durfte, daß beiden Richtungen die Geschlossenheit der Partei wichtiger sei, als das Beharren auf ihren extremen Standpunkten.

Inzwischen haben sich jedoch die im Schoße der Partei schlummernden Gegensätze angepöppelt. Die bitteren Erfahrungen des südafrikanischen Kriegs haben die Kriegseindrigkeit der Anti-Imperialisten nur verhärtet, während andererseits die Imperialisten durch ihren auf der Konferenz in Bradford errungenen Erfolg — denn die Annahme der dort in der Vorentscheidung gefassten Kompromiß-resolution bedeutete schließlich nichts andres als ein Unterliegen der entschiedenen Vorentscheidung — nur angeflächelt worden sind, weitere Zugeständnisse zu erringen und an Stelle der gemäßigten mittleren Richtung der Partei, die durch den bisherigen Führer der Partei, Campbell Bannerman, repräsentiert wird, die Führung an sich zu reißen. Der Sieg des rechten Flügels unter Führung des Asquith, Grey, Fowler u. würde allerdings höchstwahrscheinlich mit einer Abstoßung des linken Flügels, also einer Spaltung der Partei, enden. Die imperialistische Rechte scheint jedoch entschlossen zu sein, es selbst auf die Gefahr eines derartigen Schismas hin auf eine Kräftprobe ankommen zu lassen.

Asquith, dem Führer der Rechten, sollte von seinen Freunden zu seiner Ehre ein Festdiner in Holborn veranstaltet werden. Zahlreiche gemäßigte Mitglieder der Partei haben von einer derartigen Veranstaltung, die eine Provokation der Linken und auch der Gemäßigten bedeutet, abgeraten und Asquith zum Nichtbesuch des Dinners auf-

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Am die Fensterputzer Deutschlands! Kollegen! Am 7. Juli 1901 findet in Hannover ein Kongress der Fensterputzer-Inhaber statt. Auf demselben soll beschlossen werden, einen Verband über ganz Deutschland zu gründen. Da wir nun von dieser Seite nichts Gutes zu erwarten haben, richten wir am Ende dieses Monats, um uns ebenfalls über ganz Deutschland zu verbinden. Da in verschiedenen Städten Deutschlands Organisationen der Fensterputzer schon bestehen und wir hier in Berlin nach einer halbjährigen Tätigkeit eine Mitgliederzahl von 200 erreicht haben, so haben wir uns die Frage vorgelegt, ob es nicht möglich sei, ebenfalls einen Centralverband der Fensterputzer über ganz Deutschland zu gründen. Da die Breslauer und Leipziger Kollegen im Handels- und Transportarbeiter-Verband organisiert sind und somit die Kräfte erheblich zersplittert werden, ersuchen wir Euch, ebenfalls auf dieser Sache Stellung zu nehmen. Auch die Gewerkschaftskarteile werden hiermit ersucht, in jeder Stadt, wo Fensterputzer-Institute bestehen, deren Arbeiter darauf aufmerksam zu machen, daß ein allgemeiner Kongress der Fensterputzer Deutschlands Anfang September in Berlin stattfinden soll.

Alle Anfragen und Zuschriften in dieser Sache sind an A. Müller, per Adresse Weichnack, Berlin, Grünstr. 21, zu senden.

Das Kontrollbuch im Tischlergewerbe. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat die Beschwerde der Tischlerinnung über die Entscheidung der Gewerbe-Deputation des Magistrats in Sachen der Einführung des Kontrollbuches zurückgewiesen. Der Oberpräsident hat dem Obermeister der Tischlerinnung C. Mahardt folgenden Bescheid zukommen lassen: „Der von der Gewerbe-Deputation getroffene Entscheidung, daß die durch das Kontrollbuch eingeführten, das Arbeitsverhältnis zwischen Innungsmitgliedern und Gesellen festlegenden Bedingungen nicht durch einen einfachen Beschluß der Innungsversammlung geregelt werden können, trete ich bei. Die Arbeitsbedingungen sind als Bestimmungen über dauernde Einrichtungen der Innung anzusehen, über die gemäß § 83 Absatz 2 Ziffer 2 der Gewerbe-Ordnung nur durch Statut Bestimmungen getroffen werden kann. Die Anordnung der Gewerbe-Deputation, daß der Beschluß der Innungsversammlung vom 10. Oktober 1900 und der Vorstandsbeschlüsse vom 14. November 1900 nicht zur Ausführung zu bringen sei, ist sonach gerechtfertigt.“

Deutsches Reich.

Breslauer Bäckerstreik. Bis Dienstag hatten bereits 44 Meister die Forderungen bewilligt. Die Innung hat dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts, welches die Streitenden zwecks Einleitung von Einigungsverhandlungen angernien haben, den Bescheid zukommen lassen, daß sie frühestens am Mittwoch eine bestimmte Erklärung über ihr Erscheinen oder Nichterscheinen vor dem Einigungsamt abgeben könne. Die Innungsmeister wollen zunächst mit dem Gesellenauschuß, der am Dienstag neu gewählt worden ist, in Verhandlung treten, und von dem Ausgang dieser Verhandlung ihre weiteren Schritte abhängig machen.

Eine stark besuchte Volksversammlung hat dem Bäckerstreik ihre volle Sympathie bekundet und sich dafür erklärt, daß nur die Bäckereien, welche bewilligt haben, beim Einkauf berücksichtigt werden.

Bei der Gewerbegerichts-Wahl in Kroskan wurden die vom Gewerkschaftskomitee empfohlenen Kandidaten mit 205 bis 297 Stimmen gewählt. Die vom Hirsch-Lunderschen Gewerbeverein aufgestellten Kandidaten erhielten 54 Stimmen.

Die Erziehung eines Arbeiterssekretariats für Dortmund und Umgegend ist am Sonntag in einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung beschlossen worden. Das Institut soll am 1. Oktober in Kraft treten.

Ausland.

In Arlöf (Schweden) sind neue Streikbrecher-Unruhen ausgebrochen. Der Wagenfabrikant Höfist hat es durchgesetzt, daß aus seinem Streikbrecherpersonal eine außerordentliche Ordnungspolizei gebildet worden ist, angelehnt zum Schutze seiner getreuen Arbeitwilligen, die von der Bevölkerung konfiskiert werden, so daß kein Geschäftsmann ihnen Lebensmittel verkaufen will. Unter diesen Streikbrecher-Polizisten befinden sich mehrere Zerkensbolde und mehrere mußten schon von der ordentlichen Polizei arretriert werden.

Kürzlich machten 20 aus Rußland importierte Streikbrecher mit Dolchen, Steinen, Stöcken und Schusswaffen einen Angriff auf die friedliche Bevölkerung von Arlöf. Hieran beteiligten sich auch die zu Polizisten ernannten Streikbrecher. Die ordentliche Polizei trieb die Aufhänger in ihre Behausungen zurück.

Sociales.

Die Gefährlichkeit des Metallheizens wurde durch den vom „Vorwärts“ am 29. v. M. mitgeteilten Todesfall des Arbeiters Dumke in der Kunschtstraße in der Nähe von Krüger, Hofstraße, wieder einmal bekräftigt. Es ist nun dringend notwendig, daß endlich die Gewerbe-Aufsichtsbeamten energischer auf Befreiung der beim Heizen entstehenden gesundheitschädlichen Dünste hinwirken! Von einigen Beamten werden die schädlichen Folgen, die mit dem Heizen verbunden sind, schon seit Jahren in den Aufsichtsbereichen erörtert. So schrieb 1897 der Beamte für Arnsberg, daß selbst in den am besten eingerichteten Anlagen es unvermeidlich sei, daß ein beträchtlicher Teil der konzentrierten, stark ägenden Dämpfe in die Atmosphäre des Heizraums und in den Atmungsraum der Arbeiter gelangen. Die Arbeiter sehen, wenn sie ihr Gewerbe einige Jahre betrieben haben, elend und blaß aus, bekommen Bluthusten und Lungenschwindsucht. Deshalb hielt der Aufsichtsbeamte zu Arnsberg in Uebereinstimmung mit dem Kreisphysikus zu Hagen und dem Gewerbe-Inspektor zu Heselohn eine Beschränkung der Arbeitszeit auf höchstens sechs Stunden täglich für geboten, wobei die Arbeitszeit durch eine Pause von mindestens einer Viertelstunde zu unterbrechen ist. Wenn der Arbeitstag auf länger als 6 Stunden ausgebeugt wird, darf der Arbeiter nur mit Arbeiten beschäftigt werden, die nicht mit der Heizerei in Verbindung stehen.

1898 empfahl der Beamte für Potsdam als ein wirksames Mittel zur Befreiung der Dämpfe in Metallheizereien die Wblaugung durch Dampfstrahlgebäude. Alle anderen Ventilationsrichtungen würden durch die sauren Dämpfe in kurzer Zeit zerstört.

Der badische Bericht von 1900 geht sorgfältig wie folgt, auf die Art der Gesundheitsgefährdung beim Metallheizen ausführlich ein. Zum Abbreimen des Metalls dient ein Gemisch von Schwefelsäure und Salpetersäure; durch das Metall wird es zerlegt, wobei sich neben Wasserstoffgas und mitgeriffener Salpeter- und Schwefelsäure vor allem Zerlegungsprodukte der Salpetersäure (Stid-oxyd, salpetrige und Interalsalpeteräure) abgeben. Der badische Bericht beklagt, daß der Befreiung der beim Betrieb entstehenden Dünste und Gase häufig seitens der Betriebsunternehmer nicht die erforderliche Aufmerksamkeit zugewendet wird, zum Teil weil die Hühände und Gefahren nicht deutlich zu Tage treten und nicht, wie bei Staub, ohne weiteres erkennbar sind, teils weil die Gefährlichkeit mancher Gasearten und mancher unter Gasentwiddung stattfindenden Operationen weiteren Kreisen überhaupt nicht näher bekannt ist. So geben zum Beispiel die Aufsichten über die Art der Giffigkeit der nitrogenen Dämpfe noch ziemlich auseinander. Im Jahre 1883 atmeten zwei badische Arbeiter gleicherweise diese Dämpfe ein. Der eine blieb ohne jeden Schaden, der andere starb infolge der Einatmung der nitrogenen Gase. Durch Sektion wurde festgestellt, daß dieser letztere Arbeiter an Lungendäm und Brustwasserhucht gelitten habe; es sei deshalb der tödliche Ausgang der Erkrankung nicht etwa ausschließlich dem Einatmen von Säure-dämpfen zuzuschreiben, d. h. es wirkten die letzteren nicht eigent-lich giftig, sondern hauptsächlich durch den starken Reiz auf den schon geschwächten Atmungsorganismus ein. Im Jahre 1900 lam in Baden in einer großen Metallwarenfabrik wieder ein Todes-

gefordert. Asquith hat jedoch in seinem Brief erklärt, daß er diesem Rat nicht folgen könne.

Das gemäßigte Centrum der Partei befindet sich infolge dieser Kriegserklärungen seiner beiden Flügel erklärlicherweise in großer Aufregung. Campbell Bannerman selbst hat das Wort genommen, um den Heißspornen ins Gewissen zu reden und die um die Einheit der Partei besorgten Elemente zur kräftigen Abwehr der Spaltungsversuche aufzufordern. Er erklärte am Dienstagabend in Southampton, er wolle die kritische Lage der liberalen Partei nicht bemänteln. Er habe sich nie irgend einer extremen Richtung angeschlossen, aber es sei stets schwer gewesen, und scheint jetzt fast unmöglich, die Einheit der Partei aufrecht zu erhalten wegen der fortwährenden Sonderbestrebungen einzelner Personen, die durch persönliche Eifersüchteleien oder Antipathien beeinflusst seien. Er appelliere an alle Liberalen, die Bemühungen, Ordnung und Leistungsfähigkeit innerhalb der Partei wieder zu ermöglichen, zu unterstützen.

Der in seiner leitenden Stellung bedrohte Parteiführer begnügt sich jedoch nicht mit diesem Appell. Auf den 9. d. M. ist bereits eine neue Konferenz der Partei einberufen worden, auf der nochmals wie im Mai der Versuch gemacht werden soll, den Riß in der Partei zu verkleinern.

Ob es gelingen wird? Man rechnet bereits damit, daß sich 40 Proz. der Partei unter der Führung Asquiths von dem Gros losrennen und eine Annäherung an die Unionisten suchen würden. Ob diese Vermutungen zutreffen werden, wird sich ja bald herausstellen, wenn die Konferenz getagt und Asquith am 19. Juli auf dem Diner seine angekündigte Programmrede gehalten haben wird.

London, 3. Juli. (B. S.) Die Streitigkeiten, welche in der liberalen Partei ausgebrochen sind, werden von den Morgenblättern an erster Stelle besprochen und kommentiert. Die großen liberalen Organe wie „Morningleader“ und „Daily News“ stellen sich auf Seite Campbell Bannermans und tadeln energisch den schidmalischen Führer Asquith, welcher von den konservativen Blättern wie „Daily Chronicle“ unterstützt wird. „Daily Mail“ bemerkt, daß nach der Erklärung Bannermans in Southampton seine Demission als Parteiführer immer mehr wahrscheinlich werde. Jedemfalls werde diese Frage in dem Meeting, welches nächsten Dienstag stattfindet, erledigt werden.

Oestreich-Ungarn.

Die Wut der Christlich-Socialen

über ihre Niederlage bei der Landtagswahl-Campagne in Bavorien ist keine geringe. Sie hat bereits durch eine lächerliche Demonstration des Lueger-Klängels bezeichnenden Ausdruck gefunden.

Im nieder-österreichischen Landtag richteten nämlich Lueger und Genossen an den Statthalter eine Anfrage wegen der gestrigen Landtagswahl im Bezirk Favoriten, wobei die Socialdemokraten mit einem unerhörten Terrorismus vorgegangen seien. Die Interpellanten verlangen Erhebungen und Maßnahmen zur Sicherung der Wahlfreiheit.

Es gehört die ganze oft bewiesene Dreistigkeit der Lueger-Partei dazu, ein derartiges Ansehen an den Landtag zu stellen. Ein in-erhöhter Terrorismus ist bei der Wahl allerdings ausgeübt worden, nur allerdings nicht von den Socialdemokraten, sondern von den wackeren Christlich-Socialen selbst, die durch die schiefsten Manipulationen zu verhindern suchten, daß endlich auch einmal die Arbeiterschaft durch einen ihrer Vertrauensleute in dem christlich-socialen Sumpf des nieder-österreichischen Privilegierten-Parlaments vertreten würde.

Die Behörden bewiesen eine geradezu erstaunliche Zudigkeit darin, vielen Hunderten von wahlberechtigten Arbeitern das Wahlrecht zu vereiteln. So verlangte z. B. der Magistrat, daß die Arbeiter nicht nur drei Jahre lang in der Gemeinde anständig seien — was geschlich nur für den vierten Wahlkörper verlangt wird — sondern daß sie auch selbst den Nachweis für diese dreijährige Anständigkeit führten, während der Magistrat doch verpflichtet war, selbst die nötigen Erkundigungen hierüber einzuziehen. Eine auffallende — Bedauerliche legte auch die Postdirektion an den Tag, die diesmal im Gegensatz zu ihrem Vorgehen bei früheren Wahlen bestimmte, daß die erforderlichen Legitimationen jedem Wähler nur persönlich ausgehändigt werden, was für die Arbeiter vielfach einer Nichtzustellung gleichkam. Es ist deshalb anzunehmen, daß die von den christlich-socialen Interpellanten geforderten Erhebungen an der Wahl des Genossen Adler nichts ändern werden.

Genossen Adler wird es im Landtag an Arbeit nicht fehlen. Zu seinen Hauptaufgaben wird es namentlich gehören, für die Befreiung der verrotteten Schulzustände und der traurigen Armenpflege zu wirken. Leicht wird ihm das bei der Zusammen-setzung dieses Parlaments nicht fallen, dem außer dem Fürstbischof von Wien, dem Bischof von St. Pölten, dem Rektor der Wiener Universität 69 Abgeordnete angehören, von denen 15 vom großen Grundbesitz, 4 von der Handels- und Gewerbekammer, 20 von den Landgemeinden und 30 von den Städten und Märkten gewählt werden, wobei der niedrigste Wahlsatz 5 Gulden beträgt.

England.

Imperialistische Verleumdungen. Bei der Beratung des Budgets der Admiralität im Unterhaus weist Lucas auf den gegenwärtigen Bestand des Mittelmeergeschwaders hin und ersucht die Regierung um eine Erklärung zur Beschleunigung der durch die jüngsten Ausführungen hinsichtlich der Stärke dieser Flotte hervorgerufenen Verunruhigung. Dille spricht sich tadelnd dagegen aus, daß Aufwendungen für Landesverteidigungs-Werke gemacht werden anstatt für die Flotte. Derburton wünscht zu wissen, ob es etwa absichtliche Politik der Admiralität sei, die Flotte in einem Stande zu erhalten, der es ihr unmöglich mache, einem möglichen Zusammengehen Frankreichs und Rußlands die Spitze zu bieten. Rußland, das thatsächlich jetzt die Dardanellen beherrscht, habe im Schwarzen Meere eine Flotte von ungefähr 10 Schlachtschiffen, Frankreich habe ungefähr 14 Schlachtschiffe in Toulon, England habe aber nur 10 Schlachtschiffe im Mittelmeer.

Frankreich.

Paris, 3. Juli. Dem „Figaro“ zufolge wird Präsident Loubet anlässlich des National-Festtags am 14. Juli die **Begnadigung des Grafen Dur Saluces**, welcher bekanntlich zu fünf Jahren Verbannung verurteilt wurde, unterzeichnen.

Wie aus Rom gemeldet wird, ist der **Papst** entschlossen, alle **geistlichen Orden** zu veranlassen, die Ermächtigung zum Verbleiben in Frankreich, welche nach dem französischen Vereinsgesetz erforderlich ist, bei der französischen Regierung nachzusuchen.

Wie verlautet, hat **Mag. Regis** sein Bürgermeisteramt am 2. Juli niedergelegt.

Belgien.

Reform des Gemeinde-Wahlrechts. Der „Frankf. Jg.“ wird aus Brüssel telegraphiert; nach dem „Soir“ bereitet die Regierung ein Gesetz vor, welches das gegenwärtige Kammer-Wahlrecht auf die Provinz und die Gemeinden ausdehnt.

Das gegenwärtige Kammer-Wahlrecht ist bekanntlich kein gleiches, sondern eingeschränkt durch das Plural-Wahlrecht, das den Angehörigen der privilegierten Klassen zwei, drei, ja selbst vier

Stimmen einräumt. 557 000 privilegierte Wähler verfügen demzufolge über 1 353 000 Stimmen. Die Progressisten und Socialisten verlangen die Abschaffung des Plural-Wahlrechts und die Ausdehnung des gleichen und proportionalen Wahlrechts auch auf die Provinzial- und Gemeindevahlen.)

Brüssel, 3. Juli. In hiesigen boerenfreundlichen Kreisen hat die Meldung, daß die Regierung den Kommandanten De Wet ersucht hat, seine Propaganda zu Gunsten der Boeren in Belgien einzustellen, große Erregung hervorgerufen. Die Socialisten werden demnach die Regierung wegen dieses Verbots in der Kammer interpellieren. Der Regierung wird zum Vorwurf gemacht, diese Maßregel zu Gunsten der englischen Regierung verfaßt zu haben. Andererseits wird gemeldet, daß in den Wahlbezirken von Gent, wo der Kabinettschef De Emet de Kapler gewählt worden ist, für die kommenden Wahlen ein boerenfreundlicher Kandidat aufgestellt werden wird.

Rumänien.

Bukarest, 3. Juli. Infolge der Konstatierung eines Pestalles in Konstantinopel ordnete die Sanitätsbehörde die ärztliche Untersuchung sämtlicher von der Türkei kommenden Schiffe an. Alle Reisenden haben ihre Adresse der Behörde bekannt zu geben und sich zehn Tage einer ärztlichen Untersuchung zu unterwerfen. Ueber Bulgarien aus der Türkei anlangende Briefschaften werden in Berciorova einer Desinfektion unterzogen. Die Einfuhr von Konserven, Gemüse und Früchten aus der Türkei ist vollständig verboten.

Montenegro.

Cetinje, 3. Juli. Nach Berichten, die in hiesigen Regierungskreisen eingetroffen sind, ist die Lage der Christen im Distrikt Gusinje sehr gefährdet. Es heißt, die Türken hätten das Dorf Bresovice nach Vertreibung aller christlichen Einwohner mit Einschluß der Weiber und Kinder besetzt. Ein großer Teil der Vertriebenen soll über die Grenze nach Montenegro gekommen sein.

Der Boeren-Krieg.

Englischer Truppenabschub.

Der Kriegsminister hat Befehl gegeben, die Reserve-Schwadronen des königlichen Dragoner-Regiments und des zweiten Lanzenreiter-Regiments nach Südafrika einzuschiffen. Sämtliche Reservisten, welche seit drei Jahren keinen Dienst mehr gethan haben und mindestens noch drei Jahre im Reserveverhältnis verbleiben, erhielten Befehl, an den diesjährigen Schießübungen teilzunehmen. Die paar Mann werden Altgenossen auch nicht aus der Klemme ziehen.

Günstiger Stand der Boerenache.

Botha teilt Kräger brieflich mit, die Lage der Boeren stehe äußerst günstig, besonders in der Kapkolonie seien ihre Erfolge bedeutend. Die Engländer wären schon längst vernichtet, wenn die Boeren nicht mit Rücksicht auf die Verproviantierung gezwungen wären, die Gefangenen immer wieder frei zu lassen.

Die letzte Tages-Verlustliste

der Engländer umfaßt 10 Tote, 42 Verwundete und 11 an Krankheiten Verstorbene.

Partei-Nachrichten.

Zur Vorbereitung einer umfassenden Protestkundgebung gegen die geplante Erhöhung der Lebensmittelzölle hat der Parteivorstand Petitionsbogen zur Sammlung von Unterschriften herstellen lassen. Soweit die Bestellungen eingegangen sind, werden die Sendungen im Laufe der Woche sämtlich an die angegebenen Adressen expediert. Etwaige Reklamationen bezw. Nachbestellungen wolle man möglichst umgehend an das Parteibureau, Berlin SW. 37, Arcuzbergstraße 30, gelangen lassen.

Ein französisches China-Gelbbuch

ist soeben erschienen. Es erklärt, daß Deutschland und Frankreich in schwierigen Zeitlagen und angesichts verwohrener Finanzfragen zusammenhängen. (1) Die Hauptschwierigkeiten kamen von den Vereinigten Staaten und England. Noch im vorigen Monat schien die endgültige Regelung der Entschädigungsfrage daran zu scheitern, daß der amerikanische Gesandte Rockhill in den Vertrag umfassende chinesische Flugregulierungen aufgenommen wissen wollte. Man einigte sich endlich dahin, daß nur der Reichtum und Rangpa reguliert werden. In seiner letzten Depesche vom 18. Juni dieses Jahres hebt Delcassé hervor, daß Frankreich und England, da England, Belgien und America gegen ein garantiertes Anleihen seien, das Bonifitium annehmen, und daß China sonst keine Verpflichtungen leblich aus den für und Auslandszöllen sowie dem Salzmonopol zu bestreiten habe. Delcassé konstatiert schließlich das freundliche Einvernehmen aller Mächte. Bedauerlich auch für Frankreichs innere Politik ist eine Depesche Riabds, des Gesandten beim Vatikan, welcher den Dank des Papstes und des Kardinals Ledochowski für die den Interessen der Missionen gewollte Fürsorge ausdrückt.

Verleumdungen der deutschen Truppen.

„Lassans Bureau“ meldet aus Peking vom 3. Juli: Die Deutschen reisen vor dem 5. Juli von Peking ab. Große Abteilungen von deutschen Truppen sind im Begriff Peking zu schnell wie möglich zu verlassen. Sie fahren nach Europa so bald ab, als wie die Transportschiffe bereit sind. Die Aufsicht der deutschen Abteilung in der Chinesenstadt ist den Chinesen wieder übertragen worden, dagegen behalten sie noch die Kontrolle ihrer Abteilung in der Faktorensstadt. Die Briten, Deutschen und Chinesen üben jedoch noch zusammen die Oberaufsicht aus und entscheiden zwischen Streitigkeitsfragen der Fremden.

„Lassan“ meldet ferner: Die **Franzosen verschieben die Räumung von Peking** bis zum Herbst, da die Unruhen an Verbreitung gewinnen und auseinander noch wachsen.

Nach der Feuers- die Wasserdnot.

Ueber die Reise des verflorenen China-Generalissimus wird dem „Tag“ gemeldet:

Batavia, 2. Juli. Nach Verlassen der Formosastraße am 26. Juni vormittags wurden untrügliche Anzeichen dafür sichtbar, daß die „Gera“ im östlichen Viertel eines herannahenden Teufels feuere. Kapitän Vorell änderte darauf sofort den Kurs. Wir entgingen dadurch dem Teufel-Centrum, trotzdem hatten wir stundenlang Windstärke zehn und Windstärke zwölf, die überhaupt größte Teufel-Stärke. Nachmittags flog wieder das Barometer, und abends war die See beruhigt. Gest hatten wir gute Fahrt, alles ist wohlaufl. Vorgesessern wurde der Äquator passiert und dabei die übliche Reulungsreise vollzogen, der sich auch der Feldmarschall unterwarf. Er erhielt den Laufnamen „Aquir“. Soeben sind wir vor Batavia geankert; die Kriegsschiffe im Hafen salutierten. Da in Batavia vereinzelte Cholerafälle vorgekommen sind, wird niemand an Land gelassen. Nach Einnahme von Kohlen wird Freitag von hier direkt nach Aken weitergefahren, wo wir am 18. Juli eintreffen sollen. Die Ankunft in Bremerhaven erfolgt am 8. August.

China-Missethäter?

Unser rheinisches Truderorgan meldet: „Das Kölner Festungsgeschloß wird jetzt mit China-Kriegern bevölkert. Der kürzlich mit Chinatruppen heimgekehrte Dampfer „Wittelsind“ hatte nämlich auch zwanzig Gefangene an Bord, von denen neunzehn nach Köln transportiert werden sollten. Das werden sich die Leute bei ihrem Anzuge nicht getraut haben, daß ihre in jugendlichem Zhatendrang unternommene Ausfahrt nach China ein so unruhliches und betrübendes Ende finden würde.“

an infolge Einatmens nitroser Dämpfe beim Weigen von Metallgegenständen vor. „Dieser Fall,“ schreibt der badische Gewerberat...

Widderhoff weist darauf hin, daß bisher, weil man die Gefährlichkeit der nitroser Dämpfe unterschätzte, nur dort Einrichtungen...

Der Todesfall in der hiesigen Kunstschmiede von Krüger bestätigt die dringende Notwendigkeit eingreifender Schutzmaßnahmen.

Die Errichtung eines Arbeitersekretariats mit staatlicher Subvention beantragte, wie schon berichtet, die Finanzkommission...

Der Verein für Socialpolitik hält seine Generalversammlung am 23. und 24. September in München ab.

Genossenschaftskongress in Schweden. Der dritte Kongress des Schwedischen kooperativen Verbands fand vom 16.—18. Juni in Malmsö statt.

Die kooperativen Unternehmungen in Schweden sind hauptsächlich Konsumtionsvereine und Einkaufsgenossenschaften.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frau nicht Hausflavin, sondern Kampfgesährtin! Ueber dieses Thema sprach die Genossin Fiey (Hamburg) am 2. Juli in einer von den socialdemokratischen Frauen...

mann von einer Schießübung kommend die Kaiserin Augusta-Maximilian durchschoss, kamen die Angeklagten mit einem beladenen Steinwagen...

Vater werden ist nicht schwer, Vater sein dagegen sehr. Am die Mißhandlung eines kaum 2 Monate alten Säuglings handelte es sich in einer Anklage wegen Körperverletzung.

Unser Parteigenosse Paul Jahn, der, wie wir seiner Zeit berichtet haben, am 3. April d. J. von dem Schöffengericht wegen Verleumdung zu der hohen Strafe von einem Jahr Gefängnis verurteilt...

Milde Strafe für einen geistlichen Frauenprügler. Ein Gottesmann von wunderbarer Milde ist der Prediger Richard Hofbauer, gebürtig aus Klüftrn, jetzt in Reblin bei Ravensburg als Seelsorger angestellt.

Wegen Mißbräuch der Amtsgewalt hatte sich am Montag vor der Strafkammer in Eisen der Polizeiwachtmeister Otto Heine aus Vorbeck zu verantworten.

Unglütiges Testament. Durch § 2231 des bürgerlichen Gesetzbuchs ist das sogenannte holographische Testament allgemein zugelassen, d. h. ein Testament kann in ordentlicher Form auch durch eine von dem Erblasser unter Angabe des Orts und Tags eigenhändig geschriebene und unterschriebene Erklärung errichtet werden.

Zur Wahlverein für den ersten Wahlkreis hielt am Dienstag Genosse Kallst ein Vortag über: Die Arbeitslosen und die bürgerliche Gesellschaft.

Der socialdemokratische Wahlverein des sechsten Wahlkreises hielt am Dienstag eine Versammlung in den „Arminius-Hallen“, Bremerstraße, ab.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Leipziger Bankrott und die Kommode. Leipzig, 3. Juli. (B. Z. V.) In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten teilte der Rat der Stadt Leipzig über die Frage der Befähigung von Stiftungen durch den Zusammenbruch der Leipziger Bank folgendes mit:

Zühne eines Soldaten-Exzesses. Jüterburg, 3. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Das Kriegsgericht verurteilte den Dragoner-Trompeter Rheinisch wegen der von ihm am 16. Mai an dem Bahnarbeiter Radzuhn verübten Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu sechs Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Ausstoßung aus dem Heere.

Englisches Unterhand. London, 3. Juli. (B. Z. V.) Der Parlamentssekretär der Admiralität Arnold Forster weist darauf hin, daß die Frage der Mittelmeerflotte nicht getrennt von der allgemeinen Frage der Verteilung der Flotte erörtert werden könne.

Fouché wirklich entschließt. Kapstadt, 3. Juli. (Meldung des Amerikanischen Bureaus.) Der Boerenskommandant Fouché befindet sich auf dem Rückzuge in der Richtung auf die Draakensberge.

Röm a. Rh., 3. Juli. (B. Z. V.) Als Nachfolger des verstorbenen Grafen Wilhelm Vismarck zum Oberpräsidenten von Ostpreußen ist, nachdem die Verhandlungen der „Röm. Ztg.“ zu Folge, der Kölner Regierungspräsident Freiherr v. Harthausen in Aussicht genommen.

München, 3. Juli. (B. Z. V.) Die heute hier unter dem Vorstich des Ministerpräsidenten Grafen v. Crailsheim zusammengetretene süddeutsche Eisenbahn-Konferenz hat im Prinzip die Einführung der 45tägigen Gültigkeitsdauer der Rückfahrkarten im Wechselverkehre mit jenen Staaten, die sie eingeführt haben, beschlossen.

Paris, 3. Juli. (B. Z. V.) Görundbe ist selbst in einem Briefe an die Pariserzeitung, er nehme eine vollständige Amnestie an, um nach Frankreich zurückzukehren und den Krieg gegen die Republik, wie sie in diesem Augenblicke organisiert ist, und gegen den Parlamentarismus fortzuführen.

Paris, 3. Juli. (B. Z. V.) Der Senat bewilligte ohne Debatte die Vorlage betreffend den Bau und Betrieb einer Bahnlinie in Tonkin wie die Nachtragforderung von 80 Millionen Franc für die Expedition nach China.

Brüssel, 3. Juli. (B. Z. V.) Der Generalrat der Arbeiterpartei richtete heute eine Kundgebung an das belgische Volk, in welcher es heißt, das Volk werde sich das gleiche Wahlrecht erkämpfen.

Antwerpen, 3. Juli. (B. Z. V.) Ein Haufe von Vagabunden, etwa 100 an der Zahl, griff in einem der bevölkerten Stadtteile mehrere Polizei-Agenten an und verwundete dieselben schwer.

Rom, 3. Juli. (B. Z. V.) Der Senat bewilligte das Budget des Ministeriums des Innern, nachdem im Laufe der Beratung des Ministerpräsidenten ähnlliche Erklärungen abgegeben hatte, wie in der Deputiertenkammer.

Gerichts-Beitrag.

Ein Aufritt mit einer Militärabteilung führte gestern die beiden Steinlischer Sanna und Seeger vor die 130. Abteilung des Schöffengerichts.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die am Dienstag verhinderte Versammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins für den IV. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten) findet am Freitag, den 5. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, statt.

Charlottenburg. Die Mitglieder des Wahlvereins vom nächsten Bezirk machen am Sonntag eine Herrenpartie. Treffpunkt früh sechs Uhr bei Rötiger, Leibnizstr. 8. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

In Nummersburg befindet sich die Bibliothek des Wahlvereins beim Parteigenossen Wilhelm Volgt, Lessingstr. 17, vorn 3 Treppen. Bücher können freitags von 8-9 Uhr abends entliehen werden.

Zehlendorf. Die nächste Wahlvereins-Versammlung findet nicht am 7., sondern am 14. Juli statt.

lokales.

Eine gute und billige Unterhaltungsliteratur

hat die Buchhandlung Vorwärts eingeführt. In wöchentlichen Heften zu dem billigen Preise von zehn Pfennig erscheint die illustrierte Romanbibliothek „In Freien Stunden“ und bringt in sorgfältiger, von Geschmack zeugender Auswahl fortlaufend eine Reihe der besten Romane.

Mit dem 1. Juli beginnt ein neues Abonnement auf die illustrierte Romanbibliothek „In Freien Stunden“; wir bitten unsere Leser, sich von unserer Expedition Probehefte geben zu lassen.

Es giebt keine Wohnungsnot. Diese verblüffende Neuigkeit wird sozusagen in amtlicher Eigenschaft verkündet. In den ältesten der Kaufmannschaft, die soeben den zweiten Teil des Berichtes über Handel und Industrie von Berlin im Jahre 1900 herausgegeben haben, ist den Wohnungswucherern ein Eideshelfer entschlungen.

Man kann fast sagen, so viele Worte, so viele Verkennungen der Himmelschreier vor aller Augen daliegenden Thatsachen. Wie mögen nur die Baumunternehmer schmunzeln, wenn sie das Märchen vernehmen, daß den seit Jahren kaum veränderten „hohen Arbeitslöhnen“ ein wesentliches Teil Schuld an dem jetzigen Zustand zuzuschreiben sei, und wie müssen die Hausbesitzer daß über das Wunder klammern, daß keine Wohnungsnot existiert und doch die Mieter fabelhaft geheizt werden können!

Von der Gewerbe-Deputation des Magistrats. Der neugewählte Bürgerdeputierte, Conditor Paul Fickamp, wird in der nächsten Plenarsitzung der Gewerbe-Deputation als Mitglied derselben durch den Vorsitzenden, Geheimrat Friedel, eingeführt werden.

Eine Auskunftsstelle für Fragen des Postverkehrs wird demnächst in Berlin eröffnet werden. In ähnlicher Weise, wie die Eisenbahnverwaltung eine solche eingerichtet hat. Die postalische Auskunftsstelle wird aber leichter zugänglich sein als die der Eisenbahn.

Die Hoch- und Untergrundbahn der Firma Siemens u. Halske wird auf der ganzen Strecke Warschauer Brücke—Zoologischer Garten mit Ablauf dieses Jahres fertiggestellt sein; der Betrieb soll auf der gesamten Linie mit dem 1. Januar 1902 aufgenommen werden.

Bereits im Laufe des nächsten Monats wird die Anschlagstrecke eröffnet werden, die als Nebenbahn von der Station Warschauer Brücke zum Central-Viehhof führt.

Der Geist in der Desille. Auch unter Leuten, die sich gebildet nennen, findet der Spiritismus beinahe allseitig vielfach Pflege. Bezeichnend ist da ein Vortrag über Spitzgestalten und den Nord am Teufelsberg, den der mehrfach genannte Spiritist Dr. Ebert Müller vorgetragen hat.

Das Märkische Provinzialmuseum im ehemaligen Sparlaffengebäude, Zimmerstr. 60/61, wird, wie uns die Direction mitteilt, am nächsten Sonntag für das Publikum geschlossen bleiben.

Als eine rohe That charakterisiert sich eine Handlungsweise, welche zur Verhaftung des 16jährigen Maurerlehrlings L. führte, der auf einem Neubau in der Kommandantenstraße, Ecke der Dranienstraße beschäftigt war.

Das Vollzeipräsidium teilt mit: Nachdem bereits früher angeordnet worden war, daß Anhängewagen im Straßenbahn-Verkehr ohne durchgehende Bremse zur Bedienung der Handbremse mit einem besonderen Bremsen zu besetzen sind, hat der Vollzeipräsident zur Verhütung von Unfällen folgende weitere Anordnung getroffen:

Die Untergrundbahnstrecke vor dem alten Dreifaltigkeitskirchhof am Potsdamerplatz ist jetzt endlich fertig, so daß bereits mit der Regulierung dieses nun fast schon ein Jahr lang dem Verkehr entzogenen Teils der Königsgrabenstraße begonnen worden ist.

Ein gefährlicher Fabrikbrand kam Dienstagabend in der Fabrik für chirurgische Instrumente von Dewitt u. Herz in der Georgenstraße 24 zum Ausbruch. Das Feuer entstand in dem sechs Fenster Front haltenden Schleifereisale, der bereits in hellen Flammen stand, als die Feuerwehre eintraf.

Die älteste Omnibuslinie, die Strecke Rosenhaler Thor—Potsdamer Brücke der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft, ist infolge der Konturrenz durch die Straßenbahn am 1. d. Mts. eingegangen.

„Dies ist mein letzter Trunk!“ Mit diesen Worten hat der frühere Goldarbeiter jehige Krankenwärter Willi Haase am Dienstagabend um 9 1/2 Uhr den Giftbecher genommen.

Selbstmordversuch eines Kindes. Aus Furcht vor der Schule hat sich der 13 Jahre alte Sohn Walter der Witwe Steis aus der Görlitzerstr. 36 aus einem Fenster des dritten Stocks gestürzt.

Der Talmsfürst Manolesko, der auf Ansuchen der hiesigen Kriminalpolizei in Genua im Augenblick seiner Abreise nach Kairo verhaftet und hierher gebracht wurde, wurde gestern vormittag aus dem Untersuchungsgefängnis der Kriminalpolizei vorgeführt.

Apollo-Theater. Wer den Erfolg für sich hat, kann lachen. Das ist alles über die Trivialität der Lindischen Kompositionskunst gesagt worden und wie oft hat der Vorwurf des Nachempfindens gerade gegen ihn, den Herrn und Meister im Apollo-Theater, gehalten müssen.

Die Ringkämpfe im Metropol-Theater sind gestern zu Ende gekommen. Gadschuidi wurde im Entscheidungskampfe mit dem Franzosen Pons zum Sieger ausgerufen.

Schmargendorf. Uns wird geschrieben: Verechtigtes Aufsehen erregt hier die Art und Weise, in welcher der hiesige Gemeinde- resp. Amtsvorstand die Frage der Wohnungsnote löst.

Das Petitionsrecht der Kommune und der Regierungspräsident. Die Gemeindevertretung von Lichtenberg hatte auf Grund einer Resolution des socialdemokratischen Wahlvereins eine Vorlage des Gemeindevorstandes einstimmig zum Beschluß erhoben.

Die Frage der Eingemeindung unsres Vororts Lichtenberg in Berlin ist nun erledigt — es kommt nichts nach dem Projekt. Die Gemeindevertretung von Lichtenberg hatte auf das Ver-

seiner Besuch um Heberlassung des Ortsteils, welcher zur Erweiterung der Berliner Viehhofanlage dienen soll, geantwortet, daß nicht von einer teilweisen, sondern nur von einer gänzlichen Einverleibung des Ortes die Rede sein könne. Der Berliner Magistrat, der namentlich die Einfindung des Haushaltungspolizes gefordert hatte, ließ dieser Lage als Antwort dem Gemeindevorstand folgendes Schreiben zugehen:

Nach dem Schreiben vom 3. Juni d. J. hat die dortige Gemeindevertretung beschloffen, ihre Zustimmung zur Eingemeindung des fürstlich Donnermarsch'schen Terrains in Lichtenberg nur unter der Bedingung zu erteilen, daß der gesamte Lichtenberger Gemeindevorstand nach Berlin eingemeindet wird. Auf diese Bedingung können wir auch nach Einsichtnahme von dem dortigen Haushaltungspolize nicht eingehen.

Damit werden sich die Handbesitzer des weislich der Verbindungsbahn gelegenen Ortsteils gewiß noch nicht beruhigen. Für die Masse der Bevölkerung aber gilt nun in verstärktem Maße die Lösung: Lichtenberg muß Stadt werden — los vom Kreise.

Aus den Spandauer Militär-Werkstätten. Und wird geschrieben: Wie wir gestern bereits kurz melden konnten, hat nun auch der Arbeiterausschuß der Gewehrfabrik sein Amt niedergelegt, um gegen das Verhalten der zuständigen Instanzen in der Lohnfrage wirksamen Protest einzulegen. Es ist den Arbeitern in den verschiedensten staatlichen Musterbetrieben nicht anders möglich, ihren nur zu berechtigten Klagen und Forderungen höheren Orts Gehör und Geltung zu verschaffen, denn bekanntlich ist ihnen auch das letzte Stückchen eines freien Koalitionsrechts genommen, jedes freie Wort muß vor den lauernden Schleichern anständig behütet werden, und so sind sie eben heute nicht in der Lage, etwa durch eine starke Organisation gegen die ihnen zu teil werdende Behandlung Front zu machen. Der Ausschuss der Arbeiterausschüsse in den einzelnen Fabriken stellt zur Zeit noch die einzige mögliche und Erfolg versprechende Form des Protestes der Staatsarbeiter gegen die mancherlei Mißstände dar; nachdem bereits die Arbeiterausschüsse des Feuerwerks-Laboratoriums und der Pulverfabrik diese Taktik eingeschlagen hatten und die fast einhellige Wiederwahl der zurückgetretenen Mitglieder den Protest der Arbeiter noch verstärkte, ist nun also auch der Arbeiterausschuß der Gewehrfabrik diesem Beispiel gefolgt, andre Betriebe dürften dies voranschaulich in Kürze gleichfalls thun. Wie berichtet bereits, wie sehr sich die Löhne der Gewehrarbeiter in den letzten zwei Jahren verschlechtert haben; durch die neuerliche, gänzlich unmotivierte Herabsetzung der Accordlöhne, gegen die sich eben der Protest des Arbeiterausschusses richtet, ist nun noch eine weitere Verschlechterung eingetreten. Was Wunder, wenn dies die von so sehr liebesvoller Forderung betroffenen Arbeiter bis in das Innerste empört. In der alten Gewehrfabrik fiel die ebenso unmotivierte Herabsetzung der Accordlöhne mit der halb und halb wider den Willen einschüchternder Personen erfolgter Einführung des Einzelarbeitersystems, an Stelle des ungerechten Kolonnen-systems zusammen. Die Folge dieser famosen „Lohnreform“ war, daß erwachsene „qualifizierte“ Arbeiter mit einem Wochenverdienst von 9, 10 und 14 Mark abschlossen.

Ein Beitrag zur Wohnungsnot. Aus Weihenau wird uns über einen für die Wohnungsnot bezeichnenden Vorgang gemeldet: Montagabend spät ging es vor dem Hause des Möbelfabrikers Reichardt in der Seidestraße 20 lebhaft zu. Der Arbeiter Weidner, der seit dem 6. Juni im Hause eine Kellerwohnung inne hat, war, wie es heißt zu Unrecht, ermittelt worden. Der Hauswirt hatte die Hofgelassen des Meisters zum Teil auf die Straße legen lassen, zum Teil einbehalten. Dies Vorgehen erbitterte die Bevölkerung derart, daß dem Hauswirt die Fenster Scheiben eingeschleudert wurden. Die Gendarmrie war der Menge gegenüber zu schwach, und die schließlich herbeigerufenen Feuerwehreinheiten des Hauskates des bedauernden Meisters nach der Kronprinzstraße, wo der Hauswirt Grad zur Aufbewahrung der Sachen eine Remise bereitstellte. Der fünf Kinder des ermittelten Ehepaars nahm sich der Hauswirt Weidner an; die armen Wesen, von denen das älteste fünf Jahre, das jüngste fünf Monate alt ist, wurden im Vereinszimmer, so gut es ging, gebettet. Ob solche durch das Wohnungselend hervorgerufenen Zustände den Behörden nicht zu denken geben?

Pankow. Ein Konflikt zwischen der Gemeindevertretung und dem Gemeindevorstand trat in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung zu Tage, und zwar handelte es sich um den Erlaß eines neuen Ortsstatuts betreffend die Gehalts-, Pensions- und dienstlichen Verhältnisse in der Gemeinde. Die Vertretung verlangt, daß sie nicht nur das Gehalt für die einzustellenden Beamten zu bewilligen habe, sondern will sich auch das Recht vorbehalten, daß sie, erstens den Betrag höheren Gehalts von der befristenden Leistung des betreffenden abhängig machen kann, und zweitens, daß bei nichtetatmäßig angestellten Beamten die Entlassung durch die Gemeindevertretung unter Einziehung des Vorstehers erfolgen soll. Vergänglich wies der Amtsvorstand darauf hin, daß derartige Klauseln von den höheren Behörden nicht genehmigt würden. Die Vertretung blieb steinhart und vertagte die Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung, um jedem Vertreter die Vorlage schriftlich zuzustellen. — Die Stadt Berlin hat sich nach längerem Verhandeln bereit erklärt, die Herstellung des Handballplatzes zu übernehmen, wenn die Gemeinde Pankow für die spätere Unterhaltung des Platzes sorgt. Des weiteren wurde die im vorigen Jahre zur Probe auf ein Jahr angenommene, durchgehende Dienstzeit in den Amtsbüros dauernd beibehalten, trotzdem einige bürgerliche Vertreter, welche in ihrem bürgerlichen Leben den Beruf eines Rentiers ausüben, mit der Frage kamen, was denn die Beamten mit der vielen freien Zeit machen, die ihnen übrig bleibe. Die jungen Leute wurden verbummelt, wenn der Dienst schon nachmittags um 3 Uhr zu Ende sei!

Vermischtes.

Zu der Kachener Sternberg-Affäre werden nachträglich absonderliche Einzelheiten bekannt. Der zu neun Monaten Gefängnis verurteilte Regierungsrat Schneemann ist auf sein Gesuch in das Gefängnis Plöngensee übergeführt worden. Der zu acht Monaten verurteilte Getreidehändler Büg wurde gegen eine Kaution von 10 000 M. aus der Haft beurlaubt. Ebenso ist der in der Affäre verurteilte Student Cremer zur Beendigung seiner Studien und der Ablegung der Schlußprüfung an der Kachener technischen Hochschule

auf freien Fuß gestellt worden, und zwar bis zur Erledigung eines Gradenganges, das der Senat der Hochschule mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft eingereicht hat. Der Senat erklärt, nach der Beweisaufnahme sei in dem Falle des Studenten eine milde Auffassung gerechtfertigt. Die Studentenschaft hatte beantragt, den Cremer aus der Liste der Studierenden zu streichen. Die Dislokation des Regierungsrats Schneemann nach Plöngensee soll aus Disziplinrücksichten erfolgt sein, da er in seiner Beamten-eigenschaft der Aufsichtsbefugnisse des Kachener Gefängnisses angehört.

Wie weit die Berücksichtigung der in die schmutzige Geschichte verwickelten Herren geht, das erfährt man aus den Mitteilungen, die unser Kachener Parteiorgan zu machen in der Lage ist. Wie wir dem Kachener Volksblatt entnehmen, wurden diesen Herren alle gesetzlich zulässigen Vergünstigungen zu teil, die andre Gefangene nur schwer erhalten. Während allen Gefangenen, auch den Untersuchungs-gefangenen, mit Ausnahme des Trauringes alle Wertgegenstände abgenommen werden, paradierte Herr Schneemann mit goldener Uhr und Kette. Selbst höhere Gefängnisbeamte grüßten ihn, wenn sie ihn begegneten. Herr Sch. hatte in seiner Zelle ein eigenes Bett, mehrere mit weichen Federn bezogene Tische, einen Sessel und andre kleine Annehmlichkeiten. Seine Zelle wurde täglich von einem dazu bestimmten Gefangenen gereinigt, für den Herr Schneemann 50 M. bei der Gefängnisabgabe hinterlegte hatte. Einem Aufseher, der pflichtgemäß dem Herrn Gefangenen bedeutete, daß er sich morgens nach dem Glockenzeichen von seinem Lager erheben müsse, und daß die Benutzung des Bettes am Tage nicht gestattet sei, wurde von einem etwas höheren Beamten zu versichern gegeben, er möge den Herrn in Ruhe lassen.

Mit der Behandlung der Kachener Sternberge vergleiche man die Behandlung ehrenwerter sozialdemokratischer Redactoren.

Zu der Ortschaft Social bei Lemberg sind 400 Wohnhäuser niedergebrannt, wodurch fast 1000 Familien obdachlos sind.

Die mörderische Hitze in New York hat auch am Dienstag nicht nachgelassen. Der Telegraph meldet darüber: Der heutige Tag war der heißeste, der hier jemals registriert worden ist. In Manhattan und Brooklyn kamen zwischen Mitternacht und 3 Uhr nachmittags 62 Todesfälle vor. Viele Fabriken und Läden stellten den Betrieb ein. Alle Hospitäler sind besetzt. Gegen 19 000 Menschen verbrachten die letzte Nacht unter freiem Himmel. Soweit bisher bekannt ist, sind während der letzten 24 Stunden 25 Todesfälle in Philadelphia und 40 in Pittsburg vorgekommen. — Pferde fielen zu Dutzenden tot nieder. Verschiedene Personen wurden infolge der Hitze verbrannt. So ließ in New York ein Führer der elektrischen Bahn den Strom bis zu voller Kraft an und der Wagen sauste mit furchtbarer Schnelligkeit durch die Straßen, bis er in einen andren Wagen hineinfuhr, wobei die Fahrgäste sich nur mit Mühe retten konnten. Ein Judenmeister der Brooklyn Judenfabrik fiel in die Maschine und wurde thätlich gemordet. Ein anderer Arbeiter, der das sah, wurde wahnsinnig. Die Hitze erstreckte sich vom Mississippi bis zur atlantischen Küste. In St. Louis predigte der Geistliche einer angesehenen Kirche, D. Gruber, vor Männern, die ihre Röcke anzogen und vor Frauen, die ihre Hüte abgelegt hatten. Der Pastor selbst hatte dazu aufgefordert. Durch Elektrizität getriebene Fächer verbreiteten Abkühlung und es wurde Eiswasser herumgereicht. Verschiedene andre Kirchen sollen diesen Beispiel folgen wollen. Auch in den Gerichten haben die Richter die Rechts-anwälte und Geschwornen aufgefordert, sich ihrer Röcke zu entledigen.

Wie der „Frankf. Jg.“ aus New York berichtet wird, wurde in Mexiko durch die Hitze großer Schaden angerichtet. Das ganze Land östlich vom Mississippi ist ein Glutofen. Das Thermometer zeigt durchweg 100 Grad Fahrenheit im Schatten. Die Morgne ist überfüllt. Alenthalben stürzen Menschen und Pferde nieder. Viele Fabriken schließen. Die Behörden öffnen alle Parks zum Schloßen. — Aus dem Westen werden Regenfälle gemeldet.

Eine spätere Depesche von Pittsburgh meldet: In Groß-New York kamen in den letzten 24 Stunden 225 Todesfälle infolge der Hitze vor; aus andren Städten werden 196 Todesfälle gemeldet.

Eine Fahrt um das Leben. Einer großen Gefahr entgingen vor einigen Tagen durch die Seifensgegenwart des Lokomotivführers Ulbrig die Fahrgäste des morgens 5 Uhr fahrenden Personenzugs Oberammergau-Murnau. Zwischen Koblach und Grafen-Aschau, dem abwärtsliegenden Gelände der ganzen Strecke, gerieten nach dem „N. N.“ infolge Verlangens einer Bremsen drei schwere Güterwagen ins Rollen und schoben auf der schiefen Bahn manhattan abwärts dem Personenzug nach. Die Insassen erkannten, daß bei dem starken Gefälle der Zusammenstoß unvermeidlich sein würde und wollten schon versuchen, sich durch Absprünge zu retten. Aber da gab der Führer Vollgas und nun begann eine tolle Wettfahrt um das Leben. In rasender Flucht jagte der Zug dahin, die nachrollenden herrenlosen Wagen immer auf den Fersen, mit wachsender Schnelligkeit. Niemand wagte mehr zu atmen. Immer näher kam die Gefahr, immer wider wurde die Flucht, ein Spiel um Schanden. So ging es an den planmäßigen Haltestellen vorbei, daß der Bahndamm zitterte und eine centnerschwere Wunde von der Lokomotive wegfloß wie ein Kartenblatt. Die Wagen schaukelten und schaukelten, daß die Insassen jeden Augenblick glaubten, sie müßten umfliegen. Aber da war auch schon Grafen-Aschau erreicht, jetzt ging es aufwärts, noch ein letzter Anlauf, die Lokomotive trieb den Zug bergan, die Steigung war gewonnen, der Verfolger gewann sie indessen nicht und blieb zurück. Hoffentlich wird die Eisenbahnbureaufkatie den tapferen Mann nicht wegen zu schnellen und unvorschriftsmäßigen Fahrens bestrafen.

Witterungsübericht vom 3. Juli 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Temper. n. G. o. G.	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Temper. n. G. o. G.
Zeitz	760.00	1 heiter	16	16	Havranova	763.2	2 wolklos	11	11
Frankfurt	759.00	3 wolklos	17	17	Petersburg	755.00	1 heiter	15	15
Berlin	758.00	3 heiter	16	16	Wien	758.00	3 heit. bed.	17	17
Frankf. M.	758.00	2 Regen	14	14	London	754.00	3 bed.	14	14
München	757.00	4 Regen	11	11	Paris	754.00	3 bed.	14	14
Wien	755.00	2 Regen	16	16					

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 4. Juli 1901.

Wetter heiter, am Tage ziemlich warm bei mäßigen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Socialdemokrat. Wahlverein für Lichtenberg.
Am 3. Juli verließ unser Mitglied der Vorber 14/5
Paul Schneider.
Die Verabredung findet am Freitag, den 5. nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Tränkehaufe, Quartier 29, aus statt.
Der Vorstand.

Hausfrauen, leset dies und ihr werdet viel sparen!
Nicht viel aber 68/8
4 Pfg. kostet 1 Liter Bier hergestellt aus Apotheker Ernst Kochs Bier-Extrakt.
Leicht beläulich, wohlschmeckend, nahrhaft, erfrischend. Einfache Herstellung. Zahlr. Anerkennungen. Probebestellung 3.- M. franco post. Nach Gebrauchsanw. liegt bei.
Ernst Koch, Nordhausen. 6.

Dankagung.
Für die zahlreichen Beweise der Liebe und Teilnahme bei der Beerdigung meiner unvergesslichen Frau **Helene**, sage ich allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
Carl Gendert.

Möbelstoffe!
alle Qualit. feinsten billig!
auch Reise-Belegenebestand:
Mocquett-Plüsch 5, 35 M.
ver Meter (130 Centimeter breit).
Muster bei näher. Angabe franco.
Berlin S. Emil Lefèvre, Cranienstr. 158.

Golzmarkstr. 20. Bäckerel.
auch für andre Zwecke zu verwenden.
13992*

Arbeiter, Handwerker!
Donnerstag, den 4. Juli 1901, im „Freischütz“, Fruchtstraße 36a:
Agitations-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Lebensmittel-Teuerung und der Wert der Konsumgenossen-schaften. Referent Genosse **Dr. Borchardt.** 2. Diskussion und Mit-gliederaufnahme.
Wir ersuchen um zahlreichen Besuch, insbesondere der Frauen.
Die Kommission.

Turnverein „Fichte“.
Donnerstag, den 4. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschafts-haus, Engel-We 15:
Anherordentl. Vereinsversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Berichtserhaltung vom Bundesturntag in Gorbun. 2. Diskussion. 3. Verschiebung.
Um pünktlichen und zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Verein abstinenter Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin S.
Heute 8 1/2 Uhr bei Sandau, An der Stadtbahn 5, Versammlung. Tages-ordnung: 1. Vereinsmitteilungen. 2. Verschiedenes. 3. Geselliges Beisammensein. — Gäste willkommen.

Verband deutscher Barbiers, Friseur etc. (Freigewerkschaft Berlin)
Donnerstag, den 4. Juli d. J., abends 10 Uhr, bei Bauer, Kolonnenstr. 57, Generalversammlung.

Marktpreise von Berlin am 2. Juli 1901
nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Waren	Art	Preis	Waren	Art	Preis
Weizen	gut	13,02	Kartoffeln, neue, D-Gir.	7.-	5.-
„	mittel	12,50	„	1,60	1,20
„	gering	12,00	„	1,50	1.-
„	gering	11,50	„	1,40	1,00
„	gering	11,00	„	1,30	1,10
„	gering	10,50	„	1,20	1,10
„	gering	10,00	„	1,10	1,10
„	gering	9,50	„	1,00	1,10
„	gering	9,00	„	0,90	1,10
„	gering	8,50	„	0,80	1,10
„	gering	8,00	„	0,70	1,10
„	gering	7,50	„	0,60	1,10
„	gering	7,00	„	0,50	1,10
„	gering	6,50	„	0,40	1,10
„	gering	6,00	„	0,30	1,10
„	gering	5,50	„	0,20	1,10
„	gering	5,00	„	0,10	1,10
„	gering	4,50	„	0,00	1,10
„	gering	4,00	„	0,00	1,10
„	gering	3,50	„	0,00	1,10
„	gering	3,00	„	0,00	1,10
„	gering	2,50	„	0,00	1,10
„	gering	2,00	„	0,00	1,10
„	gering	1,50	„	0,00	1,10
„	gering	1,00	„	0,00	1,10
„	gering	0,50	„	0,00	1,10
„	gering	0,00	„	0,00	1,10

Produktenmarkt vom 3. Juli. Getreide. Der Verkehr am Getreidemarkt war bei Beginn so außerordentlich still, daß es zunächst schwer war, eine Tendenz zu erkennen. Amerika sandte etwas höhere, Oesterreich-Ungarn wenig veränderte Preisänderungen. Als nächst nach Paris und Liverpool seine Meldungen kamen, nahm auch die Stimmung am diegenen Markt ein leichtes Gepräge an, ohne daß jedoch die Umsätze dadurch wesentlich an Lebhaftigkeit profitierten. Weizen notierte circa 1/2 Mark für spätere Ernten unter Berücksichtigung der vielfach trägen Getreide-Anschichten über 1 Mark höher, Roggen durchschnittlich 1/2 Mark höher als gestern. Das effektive Angebot beschränkte sich auf einige Posten Rufslandweizen; russische Ernten waren sehr knapp. Weizen gut behauptet, Hafer still und unverändert, Mais für hintere Lieferungen fest auf America, Raps etwas seker.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 3. Juli 1901. Amtlicher Bericht der Direktion zum Verkauf fanden: 452 Rinder, 2565 Kälber, 2006 Schafe, 9369 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Mark (beziehungsweise für 1 Pfund in M.): Rinder: a) vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtgewichtes, höchstens 7 Jahre alt 60-60; b) junge fleischige, nicht ausgewachsene und ältere ausgewachsene 60-60; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 60-60; d) gering genährte (jeden Alters) 60-60. — Schafe: a) vollfleischige höchsten Schlachtgewichtes 60-60; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 60-60; c) gering genährte 45-48. — Ferkel und Lämmer: a) vollfleischige, ausgewachsene Ferkel höchsten Schlachtgewichtes 60-60; b) vollfleischige, ausgewachsene Lämmer höchsten Schlachtgewichtes bis zu 7 Jahren 60-60; c) ältere ausgewachsene Lämmer und wenig gut entwickelte jüngere Lämmer und Ferkel 60-60; d) mäßig genährte Lämmer und Ferkel 45-49; e) gering genährte Lämmer und Ferkel 35-44. — Säuglinge: a) fleischige Säuglinge (Vollmilchschaf) und beste Saugfäher 68-70; b) mittlere Milch-säuglinge und gute Saugfäher 50-62; c) geringe Saugfäher 52-55; d) ältere, gering genährte (Ferkel) 35-40. — Schafe: a) Vollschäfer und jüngere Nachkommen 62-65; b) ältere Nachkommen 57-61; c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschaf) 53-56; d) vollschmer Niederungsschafe (Vollschaf) 60-60. — Schweine: a) vollfleischige, der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 220-280 Pfund schwer, 58; b) schwere, 280 Pfund und darüber (Kaiser) 90-90; c) fleischige 54-55; d) gering entwickelte 51-53; e) Sauen 51-52. Für 100 Pfund mit 20 pCt. Tara.

Verkauf und Tendenz. Vom Rindviehmarkt blieben ungefähr 170 Stück unverkauft. Der Kälbermarkt behaltete sich ruhig. Bei den Schafen fand ungefähr die Hälfte des Auftriebs Abzug. Der Schweine-markt verlief still und wurde geräumt.

Briefkasten der Redaktion.

Puls. Ein Hindelhaus giebt es in Berlin nicht, doch wird in nächster Zeit ein ähnliches Institut, das Kinder-Rig in der Kastralstraße, eröffnet werden.

Weihenau. Vollständig gleichgültig.

S. 100. 1. Ob ein Beitrag zu der von Ihnen genannten Kasse ratiom ist, müssen Sie selbst entscheiden. Besondere Gründe für einen solchen Beitrag sind uns nicht bekannt. 2. In Berlin und Hannover. 3. In Frankfurt. — **S. 7.** An die Kreis-Organisationskommission. — **S. 68.** Einen Antrag auf Erteilung eines Aufhebungsbeschlusses behufs Wiederherstellung würden Sie ebenso wie einen Antrag auf Nachlassregulierung an das Amtsgericht Ihres Wohnortes zu richten haben. Ihre Frage läßt nicht ersehen, welche Art Anstellung Sie meinen. Den Antrag können Sie schriftlich an das Amtsgericht richten oder ihn dort zu Protokoll erklären.

S. 100. Beitrag hebt die Invaldität nicht auf. Es ist deshalb die Invaldität auch nach der Beibringung weiter zu zahlen. — **S. 100 und 101.** 1. Falls Klage noch nicht erhoben ist und eine Anerkennung der Vaterchaft nicht abgelehnt ist, würde der Einwand durchgreifen. Der Klage erhoben, eine Anerkennung oder nicht abgelehnt, so wäre eine Wiederannahme des Prozesses möglich. Liegt ein in einer öffentlichen Urkunde (zum Beispiel Gerichtsprotokoll) abgelegenes Anerkenntnis der Vaterchaft vor, so ist die Erhebung des Einwandes unzulässig. 2. Ja. Diese Handlung ist keine Verleumdung, kann aber als Beleidigung und Sachbeschädigung erachtet werden.

S. 100. Gräueltäter. Eine wissenschaftlich fundierte Urkundenfälschung erwirkt werden, die mit Recht und bedroht ist. Die zur Strafverfolgung der ratiom Behörde ist die Staatsanwaltschaft des Bezirks, in dem der Ver-treffende wohnt. — **S. 100.** Weihenau. 1. Rein. 2. Ja.

S. 28. 1. Er ist ein Schwiegersohn des Bundes. 2. v. Suol. Berenberg war zu Beginn der Reichstagsperiode 1894/95 zum ersten Vice-präsidenten gewählt. Am 27. März 1895 gelang der damalige Präsident des Reichstags v. Venedy vor, ihm die Ermächtigung zu erteilen, Bismarck zum 80. Geburtstag den Glückwunsch des Reichstags auszubringen. Dieser Antrag wurde mit 163 gegen 146 Stimmen abgelehnt. Daraufhin legte v. Suol. sein Amt nieder. Am 27. März wurde v. Suol dann zum Präsidenten gewählt und blieb Präsident bis zu seinem Antritt am 1. April 1895.

S. 28. Auf Intervention Ihrer Ehefrau würde wohl eine Verleihung des Lohns in Ihrem Fall für unzulässig erachtet werden. Bestimmte Sätze kennt das Gesetz nicht, überläßt es vielmehr dem Richter, von Fall zu Fall zu entscheiden, wieviel für die Familie erachtet ist und wieviel demnach für Alimenten-Forderungen unechter Kinder pändbar bleibt. — **S. 9.** 777. Falls Sie großjährig (über 21 Jahre alt) sind: ja.

S. 19. Wenn der Betrieb ein Unfallversicherungspflichtiger ist (da ist der Fall, wenn mit Maschinen im Betriebe gearbeitet wird) oder wenn durchsichtlich 10 Arbeiter im Betriebe beschäftigt sind oder wenn der Betrieb vom Reichs-Versicherungsausschuss als unfallversicherungspflichtiger bestimmt ist, so steht Ihnen eine Unfallrente zu, freilich macht die Rechtsprechung den Beweis schwierig, daß der Versicherungs-Folge des Unfalls ist. Richten Sie einen Antrag auf Zahlung der Unfallrente an die Orts-Versicherungskasse. Ein Beispiel hierfür finden Sie Seite 94 des ersten Nachtrags zum „Arbeiterrecht“. Dasselbe liegt in den öffentlichen Reichsanzeigern aus.

S. 19. Wenn der Betrieb ein Unfallversicherungspflichtiger ist (da ist der Fall, wenn mit Maschinen im Betriebe gearbeitet wird) oder wenn durchsichtlich 10 Arbeiter im Betriebe beschäftigt sind oder wenn der Betrieb vom Reichs-Versicherungsausschuss als unfallversicherungspflichtiger bestimmt ist, so steht Ihnen eine Unfallrente zu, freilich macht die Rechtsprechung den Beweis schwierig, daß der Versicherungs-Folge des Unfalls ist. Richten Sie einen Antrag auf Zahlung der Unfallrente an die Orts-Versicherungskasse. Ein Beispiel hierfür finden Sie Seite 94 des ersten Nachtrags zum „Arbeiterrecht“. Dasselbe liegt in den öffentlichen Reichsanzeigern aus.

S. 19. Wenn der Betrieb ein Unfallversicherungspflichtiger ist (da ist der Fall, wenn mit Maschinen im Betriebe gearbeitet wird) oder wenn durchsichtlich 10 Arbeiter im Betriebe beschäftigt sind oder wenn der Betrieb vom Reichs-Versicherungsausschuss als unfallversicherungspflichtiger bestimmt ist, so steht Ihnen eine Unfallrente zu, freilich macht die Rechtsprechung den Beweis schwierig, daß der Versicherungs-Folge des Unfalls ist. Richten Sie einen Antrag auf Zahlung der Unfallrente an die Orts-Versicherungskasse. Ein Beispiel hierfür finden Sie Seite 94 des ersten Nachtrags zum „Arbeiterrecht“. Dasselbe liegt in den öffentlichen Reichsanzeigern aus.

S. 19. Wenn der Betrieb ein Unfallversicherungspflichtiger ist (da ist der Fall, wenn mit Maschinen im Betriebe gearbeitet wird) oder wenn durchsichtlich 10 Arbeiter im Betriebe beschäftigt sind oder wenn der Betrieb vom Reichs-Versicherungsausschuss als unfallversicherungspflichtiger bestimmt ist, so steht Ihnen eine Unfallrente zu, freilich macht die Rechtsprechung den Beweis schwierig, daß der Versicherungs-Folge des Unfalls ist. Richten Sie einen Antrag auf Zahlung der Unfallrente an die Orts-Versicherungskasse. Ein Beispiel hierfür finden Sie Seite 94 des ersten Nachtrags zum „Arbeiterrecht“. Dasselbe liegt in den öffentlichen Reichsanzeigern aus.

S. 19. Wenn der Betrieb ein Unfallversicherungspflichtiger ist (da ist der Fall, wenn mit Maschinen im Betriebe gearbeitet wird) oder wenn durchsichtlich 10 Arbeiter im Betriebe beschäftigt sind oder wenn der Betrieb vom Reichs-Versicherungsausschuss als unfallversicherungspflichtiger bestimmt ist, so steht Ihnen eine Unfallrente zu, freilich macht die Rechtsprechung den Beweis schwierig, daß der Versicherungs-Folge des Unfalls ist. Richten Sie einen Antrag auf Zahlung der Unfallrente an die Orts-Versicherungskasse. Ein Beispiel hierfür finden Sie Seite 94 des ersten Nachtrags zum „Arbeiterrecht“. Dasselbe liegt in den öffentlichen Reichsanzeigern aus.

S. 19. Wenn der Betrieb ein Unfallversicherungspflichtiger ist (da ist der Fall, wenn mit Maschinen im Betriebe gearbeitet wird) oder wenn durchsichtlich 10 Arbeiter im Betriebe beschäftigt sind oder wenn der Betrieb vom Reichs-Versicherungsausschuss als unfallversicherungspflichtiger bestimmt ist, so steht Ihnen eine Unfallrente zu, freilich macht die Rechtsprechung den Beweis schwierig, daß der Versicherungs-Folge des Unfalls ist. Richten Sie einen Antrag auf Zahlung der Unfallrente an die Orts-Versicherungskasse. Ein Beispiel hierfür finden Sie Seite 94 des ersten Nachtrags zum „Arbeiterrecht“. Dasselbe liegt in den öffentlichen Reichsanzeigern aus.

S. 19. Wenn der Betrieb ein Unfallversicherungspflichtiger ist (da ist der Fall, wenn mit Maschinen im Betriebe gearbeitet wird) oder wenn durchsichtlich 10 Arbeiter im Betriebe beschäftigt sind oder wenn der Betrieb vom Reichs-Versicherungsausschuss als unfallversicherungspflichtiger bestimmt ist, so steht Ihnen eine Unfallrente zu, freilich macht die Rechtsprechung den Beweis schwierig, daß der Versicherungs-Folge des Unfalls ist. Richten Sie einen Antrag auf Zahlung der Unfallrente an die Orts-Versicherungskasse. Ein Beispiel hierfür finden Sie Seite 94 des ersten Nachtrags zum „Arbeiterrecht“. Dasselbe liegt in den öffentlichen Reichsanzeigern aus.

S. 19. Wenn der Betrieb ein Unfallversicherungspflichtiger ist (da ist der Fall, wenn mit Maschinen im Betriebe gearbeitet wird) oder wenn durchsichtlich 10 Arbeiter im Betriebe beschäftigt sind oder wenn der Betrieb vom Reichs-Versicherungsausschuss als unfallversicherungspflichtiger bestimmt ist, so steht Ihnen eine Unfallrente zu, freilich macht die Rechtsprechung den Beweis schwierig, daß der Versicherungs-Folge des Unfalls ist. Richten Sie einen Antrag auf Zahlung der Unfallrente an die Orts-Versicherungskasse. Ein Beispiel hierfür finden Sie Seite 94 des ersten Nachtrags zum „Arbeiterrecht“. Dasselbe liegt in den öffentlichen Reichsanzeigern aus.

S. 19. Wenn der Betrieb ein Unfallversicherungspflichtiger ist (da ist der Fall, wenn mit Maschinen im Betriebe gearbeitet wird) oder wenn durchsichtlich 10 Arbeiter im Betriebe beschäftigt sind oder wenn der Betrieb vom Reichs-Versicherungsausschuss als unfallversicherungspflichtiger bestimmt ist, so steht Ihnen eine Unfallrente zu, freilich macht die Rechtsprechung den Beweis schwierig, daß der Versicherungs-Folge des Unfalls ist. Richten Sie einen Antrag auf Zahlung der Unfallrente an die Orts-Versicherungskasse. Ein Beispiel hierfür finden Sie Seite 94 des ersten Nachtrags zum „Arbeiterrecht“. Dasselbe liegt in den öffentlichen Reichsanzeigern aus.

S. 19. Wenn der Betrieb ein Unfallversicherungspflichtiger ist (da ist der Fall, wenn mit Maschinen im Betriebe gearbeitet wird) oder wenn durchsichtlich 10 Arbeiter im Betriebe beschäftigt sind oder wenn der Betrieb vom Reichs-Versicherungsausschuss als unfallversicherungspflichtiger bestimmt ist, so steht Ihnen eine Unfallrente zu, freilich macht die Rechtsprechung den Beweis schwierig, daß der Versicherungs-Folge des Unfalls ist. Richten Sie einen Antrag auf Zahlung der Unfallrente an die Orts-Versicherungskasse. Ein Beispiel hierfür finden Sie Seite 94 des ersten Nachtrags zum „Arbeiterrecht“. Dasselbe liegt in den öffentlichen Reichsanzeigern aus.

S. 19. Wenn der Betrieb ein Unfallversicherungspflichtiger ist (da ist der Fall, wenn mit Maschinen im Betriebe gearbeitet wird) oder wenn durchsichtlich 10 Arbeiter im Betriebe beschäftigt sind oder wenn der Betrieb vom Reichs-Versicherungsausschuss als unfallversicherungspflichtiger bestimmt ist, so steht Ihnen eine Unfallrente zu, freilich macht die Rechtsprechung den Beweis schwierig, daß der Versicherungs-Folge des Unfalls ist. Richten Sie einen Antrag auf Zahlung der Unfallrente an die Orts-Versicherungskasse. Ein Beispiel hierfür finden Sie Seite 94 des ersten Nachtrags zum „Arbeiterrecht“. Dasselbe liegt in den öffentlichen Reichsanzeigern aus.

S. 19. Wenn der Betrieb ein Unfallversicherungspflichtiger ist (da ist der Fall, wenn mit Maschinen im Betriebe gearbeitet wird) oder wenn durchsichtlich 10 Arbeiter im Betriebe beschäftigt sind oder wenn der Betrieb vom Reichs-Versicherungsausschuss als unfallversicherungspflichtiger bestimmt ist, so steht Ihnen eine Unfallrente zu, freilich macht die Rechtsprechung den Beweis schwierig, daß der Versicherungs-Folge des Unfalls ist. Richten Sie einen Antrag auf Zahlung der Unfallrente an die Orts-Versicherungskasse. Ein Beispiel hierfür finden Sie Seite 94 des ersten Nachtrags zum „Arbeiterrecht“. Dasselbe liegt in den öffentlichen Reichsanzeigern aus.

S. 19. Wenn der Betrieb ein Unfallversicherungspflichtiger ist (da ist der Fall, wenn mit Maschinen im Betriebe gearbeitet wird) oder wenn durchsichtlich 10 Arbeiter im Betriebe beschäftigt sind oder wenn der Betrieb vom Reichs-Versicherungsausschuss als unfallversicherungspflichtiger bestimmt ist, so steht Ihnen eine Unfallrente zu, freilich macht die Rechtsprechung den Beweis schwierig, daß der Versicherungs-Folge des Unfalls ist. Richten Sie einen Antrag auf Zahlung der Unfallrente an die Orts-Versicherungskasse. Ein Beispiel hierfür finden Sie Seite 94 des ersten Nachtrags zum „Arbeiterrecht“. Dasselbe liegt in den öffentlichen Reichsanzeigern aus.

S. 19. Wenn der Betrieb ein Unfallversicherungspflichtiger ist (da ist der Fall, wenn mit Maschinen im Betriebe gearbeitet wird) oder wenn durchsichtlich 10 Arbeiter im Betriebe beschäftigt sind oder wenn der Betrieb vom Reichs-Versicherungsausschuss als unfallversicherungspflichtiger bestimmt ist, so steht Ihnen eine Unfallrente zu, freilich macht die Rechtsprechung den Beweis schwierig, daß der Versicherungs-Folge des Unfalls ist. Richten Sie einen Antrag auf Zahlung der Unfallrente an die Orts-Versicherungskasse. Ein Beispiel hierfür finden Sie Seite 94 des ersten Nachtrags zum „Arbeiterrecht“. Dasselbe liegt in den öffentlichen Reichsanzeigern aus.

S. 19. Wenn der Betrieb ein Unfallversicherungspflichtiger ist (da ist der Fall, wenn mit Maschinen im Betriebe gearbeitet wird) oder wenn durchsichtlich 10 Arbeiter im Betriebe beschäftigt sind oder wenn der Betrieb vom Reichs-Versicherungsausschuss als unfallversicherungspflichtiger bestimmt ist, so steht Ihnen eine Unfallrente zu, freilich macht die Rechtsprechung den Beweis schwierig, daß der Versicherungs-Folge des Unfalls ist. Richten Sie einen Antrag auf Zahlung der Unfallrente an die Orts-Versicherungskasse. Ein Beispiel hierfür finden Sie Seite 94 des ersten Nachtrags zum „Arbeiterrecht“. Dasselbe liegt in den öffentlichen Reichsanzeigern aus.

S. 19. Wenn der Betrieb ein Unfallversicherungspflichtiger ist (da ist der Fall, wenn mit Maschinen im Betriebe gearbeitet wird) oder wenn durchsichtlich 10 Arbeiter im Betriebe beschäftigt sind oder wenn der Betrieb vom Reichs-Versicherungsausschuss als unfallversicherungspflichtiger bestimmt ist, so steht Ihnen eine Unfallrente zu, freilich macht die Rechtsprechung den Beweis schwierig, daß der Versicherungs-Folge des Unfalls ist. Richten Sie einen Antrag auf Zahlung der Unfallrente an die Orts-Versicherungskasse. Ein Beispiel hierfür finden Sie Seite 94 des ersten Nachtrags zum „Arbeiterrecht“. Dasselbe liegt in den öffentlichen Reichsanzeigern aus.

S. 19. Wenn der Betrieb ein Unfallversicherungspflichtiger ist (da ist der Fall, wenn mit Maschinen im Betriebe gearbeitet wird) oder wenn durchsichtlich 10 Arbeiter im Betriebe beschäftigt sind oder wenn der Betrieb vom Reichs-Versicherungsausschuss als unfallversicherungspflichtiger bestimmt ist, so steht Ihnen eine Unfallrente zu, freilich macht die Rechtsprechung den Beweis schwierig, daß der Versicherungs-Folge des Unfalls ist. Richten Sie einen Antrag auf Zahlung der Unfallrente an die Orts-Versicherungskasse. Ein Beispiel hierfür finden Sie Seite 94 des ersten Nachtrags zum „Arbeiterrecht“. Dasselbe liegt in den öffentlichen Reichsanzeigern aus.

Die erste technische Zeitschrift für den Arbeiter

ist die neue populär-technische Wochenschrift

„Kirchhoffs Technische Blätter“

Ueber die Zeitschrift, die über hundert der bedeutendsten Fachmänner aller Zweige der Technik und aller Länder zu ihren Mitarbeitern zählt, äußert sich der

Abgeordnete Bebel:

Herrn Arthur Kirchhoff

Rüschacht-Bülich, den 19. Juni 1901.

Berlin.

Auf Ihren Brief vom 7. d. M. teile ich Ihnen ergebenst mit, daß, nachdem ich die von Ihnen bisher in Ihrem Verlag erschienenen Hefte von Kirchhoffs Technischen Blättern durchgelesen habe, ich gerne ausspreche, daß das Unternehmen unter der Voraussetzung, daß die von Ihnen bisher vertretene Tendenz, nur für rein-wissenschaftliche Zwecke aufklärend zu wirken, beibehalten wird, meinen vollen Beifall findet.

Ich betrachte ein solches Unternehmen, das populär und zu billigstem Preise die Fortschritte auf dem gesamten Gebiet der Technik zur Kenntnis seiner Leser bringt, für ein sehr nützliches und kann nur wünschen, daß auch Arbeiter, die das kleine Opfer für das Abonnement dieser Blätter zu bringen vermögen, dieselben sich verschaffen. Die Ausgabe dafür ist nützlich angewandt.

Hochachtungsvoll und ergebenst

(gez.) A. Bebel.

„Kirchhoffs Technische Blätter“ sind zu beziehen durch alle Buchhandlungen, alle Kolporteurs und Zeitungs-spediteure (Post-Zeitungsliste 3887a) sowie durch den Kommissionsverlag:

Alfred Dochow, Berlin SW., Charlottenstraße 5.

zum Preise von 10 Pfennig pro Nummer oder 1 Mark pro Quartal.

Berufs-Bekleidung und Wäsche-Fabrik

D. Wurzel & Co.

jetzt: Köpnickestraße 160, Mantuffelstraße.

Magdeburger Kautabak

H. Saltzmann, Berlin S., Luisen-Ufer No. 3.

Dresdener Kasino

96 Dresdenerstrasse 96
empfehlen seine 2-800 Personen fassenden Festsaal zu Privat- und Vereinsfeiern, Hochzeiten u. Versammlungen zu günstigen Bedingungen.
Martin Herzberg, Gastwirt.

Ist das Nestlé-Mehl nur ein „Kinder-Nährmittel“?

Gewöhnlich nimmt man an, daß dieses nun schon seit mehr als 30 Jahren in die Kinder-Nährmittel eingeführte Präparat, das bekanntlich nur aus kondensierter bester Schweizer Milch, Zucker und einem aus Feinmehl gemahlten Zwieback besteht, ausschließlich für Kinder geeignet sei. Das ist aber, wie neuere Beobachtungen hervorragender Spezialärzte gezeigt haben, ein Irrtum. Allerdings wurde dies „Milk-Zwieback-Pulver“ von dem Chemiker Henri Nestlé zu Neuchâtel, seinem hochverdienten Erfinder, ursprünglich nur für das Kind, und speziell für das erste Lebensjahr, bestimmt. Auch ist nicht zu leugnen, daß es in den 30 Jahren seines Bestehens hauptsächlich für das früheste Kindesalter

Verwendung gefunden und sich für dieses wegen seiner Gleichmäßigkeit und Feinheit sowie seiner exzellenten Zusammensetzung aus bestem Material ununterbrochen bewährt hat. Zahlreiche Andernährmittel sind seitdem aufgetaucht und wieder von der Bildfläche verschwunden. Nestlé's Kindermehl ist demnach der König der Nahrungsmittel. Aber es hat sich gerade in den letzten Jahren die Anwendungswelt des Nestlé-Mehls noch bedeutend erweitert, indem man es auch Erwachsenen in geeigneten Fällen mit vorzüglichem Erfolge reichte.

Hier sind es besonders zwei Krankheitsformen, in denen es sich auch beim Erwachsenen ganz außerordentlich gut bewährt hat.

Bekanntermassen ist beim chronischen Magen- und Darmleiden, bei Darmschwächen, wie sie z. B. nach Dysenterie (Ruhr) noch lange zurückbleiben, die Ernährung des Kranken keine leichte Aufgabe. Eine Heilung genügt ihm wohl indifferente, reizlose, dünnflüssige Nahrung. Dann aber kommt doch ein Stadium, in welchem er dieser Kost überdrüssig wird, die zwar bei solchem Schwelmer-Schwundverlust die schonendste ist. Je mehr die Geschwüre heilen, desto

mehr sehnt er sich nach einer Kost von etwas mehr Konsistenz, die ihn, — ohne die frische Stille irgendwie zu reizen, — auf angenehme Weise sättigt. Er hat das Gefühl, er müsse nun ganz allmählich wieder zu etwas festerer Kost übergehen und sich an solche, — zumal auch an Gebäck, wieder gewöhnen.

Hier schließt es nun wieder an einer zwar nahrhaften, aber doch ganz leicht verdaulichen Uebergangskost an. Im Nestlé-Mehl hat sich eine solche gefunden. Dünne Breie aus demselben werden exzellent vertragen, irritieren die frange Schleimhäute in keiner Weise und ernähren doch zugleich sehr befriedigend.

Eine zweite Krankheitsform ist eigentlich eine „Aller-Erkrankung“, nämlich die Schwäche der Magen- und Darm-Funktionen, die Verringerung des Appetits, die Unmöglichkeit größere Mengen festerer Nahrung ohne Beschwerden zu verdauen. Dieser Rückgang in der Tätigkeit der Verdauungsorgane hängt zum Teil von Altersveränderungen der Magen- und Darmschleimhaut und der in ihnen eingelagerten Säften ab, welche weniger als früher absondern. Es würden in solchen Fällen „Nährmittel“ nicht am Platze sein, sondern nur anregende Gemüthsmitel (z. B. Fleischbrühe, Fleisch-

pepton) und leicht nährende, den Magen in keiner Weise beschwerende, demnach aber sättigende Mittel. Unter diesen hat sich nun bei der Ernährung der Greise täglich ein bis zweimal ein Teller von Nestlé-Mehl ganz hervorragend bewährt, was u. a. auch der berühmte Prof. Lippmann, Leibarzt Sr. Heiligkeit des Papstes Leo XIII. bestätigt. Bei der großen Nützlichkeit und Günstigkeit dieser Art Individuen ist es, damit sie nicht entkräftet werden, von höchster Wichtigkeit, daß die wenigen Mahlzeiten, welche sie einnehmen, nahrhaft und gut verdaulich sind, daß solche Leute lastenlos einsatz und regelmäßig leben. Das Nestlé-Mehl möchte man fast das „Brot der Greise“ nennen, da es alle für diese nötigen Nahrungsbestandteile in glücklicher Kombination enthält.

Andererseits wurden, nach Berichten des bekannten Dr. med. Widmer in Montreux, überraschend günstige Resultate bei der Appetitlosigkeit und Magenverengung der Kranken und Kranken durch Ernährung mit Nestlé-Mehl erzielt. — In allen den Fällen, wo es sich um rasche Wiederherstellung gesunkener Kräfte bei absoluter Vermeidung von Stimulanten handelte.

Dr. Dufour.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Dönhofsstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Restaurant billig zu verkaufen wegen Uebernahme eines Gasthofs, Urbanstraße 66. 2245*
Baukette, Hochwald, 83 Auen, Borort, verkauft billig Joers, Repentin, Steintiner Bahn. 2251*
Gardinenreste Große Frankfurterstraße 9, parterre. 132*
Elegante vorjährige Herrenhosen, feine Stoffe 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21 II
Wachanzüge, Wäscheleinen, sowie Stoffen sehr billig. Hoffmann, Bismarckstraße 14. 665*
Speitbillig. Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Remontoir-waren verkauft Velhaus, Neanderstraße 6. 69/10*
Möbel und Teppiche auf Teilzahlung. Möbelspeicher, Dresdenstraße 107/108. 70*
Schlafsofa 22, mahagoni Kleiderstühl 23, Kommode, Spiegel, Vertiko, sehr billig Andreaskirche 57, Parfadbau, Reber. 735K*
Möbeleinrichtung, Kaffbaum, Speitbillig, auch einzeln, Gartenstraße 148, 1 Treppe links. 1135*

Mähmaschinenlager sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung sofort, Landbergerstraße 82.
Kinderwagen, spottbillig, Andreaskirche 23. 553*
Kinderwagen, Sparwagen, Kleinauswahl, Bazar Babo, Juwelenstraße 160, Frankfurterstraße 115, Oranienstraße 31, Belle Alliancestraße 107, Reinholdstraße 24, e, Charlottenburg, Wilmerdorferstraße Nr. 55. Teilzahlung gestattet. 647*
Teppiche mit Gardinenresten, Fabriküberreste Große Frankfurterstraße 9, parterre. 732*
Mähmaschinen und Feuer-Versicherung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstraße 48, Hof Keller. 557*
Kinderernährmittel, Preis 1/2 Mark, offeriert zur Zeit des Brechdurchfalls zu ermäßigten Preisen. Flora-Pharmazie, Paul Lende, Niddor, Kaiser Friedrichstraße 242, beim Hermannplatz. 1646B
Matztraffler, Blutbildend, für Blutarmer, Brustkranker, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Tonne 3,50 exklusive. Nicht Glasengebot, Qualität entspricht. Portierkellerei Ringier, Bernauerstraße 119. 99/17*
Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 732*

Achtung! Radfahrer. Wer sich ein gutes, billiges Fahrrad, sowie Herren-, Damen- und Kinderfahrräder kaufen will, wende sich an die Berliner Einkaufs-Genossenschaft, Warschauerstraße 19. 146*
Fahrräder-Verleihhaus, verlässliche Fahrräder spottbillig Neue Schönhauserstraße 11.
Damenräder, verlässliche, große Auswahl beherholbarer, hochseiner, deutscher Räder von 30,00 an Velohaus Neue Schönhauserstraße 11.
Schankgeschäfte zu verkaufen wegen Bergzug nach Auerbach, Nord, Röhmann-Allee 96. 7514
Fahrrad, fast neu, verkauft billig Dittich, Charlottenburg, Wallstr. 81.
Restauration Franzosenstraße 10, fort preiswert zu verkaufen Friedrichs-felderstraße 24. 2256*
Verfälschte und vager „Weinmachts-ärztele“, leicht erkennbar, immer Arbeit, vergiftungsfähig, umhändehalter billig zu verkaufen. Offerten E. E. „Sotwärts“, Salzweberstraße 8. 175
Fahrrad verkauft umhändehalter Steffen, Postenstraße 6, Hof parterre.

Dampferpartie der Möbelpolierer goldene Damenmütze (Doppelpoppe) verloren worden. Gegen Belohnung abzugeben bei W. Rißke, Warschauerstraße 68. 2243*
Französisch (billig) Breitenstraße 5.
Englisch (billig) Breitenstraße 5.*
Unfalllosen, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Puffer, Sieglersstraße 66. 1996
Rechtsbureau, Rechtshilfe, Rat-erteilung Andreaskirche Dreiecksfeldstraße 24. 2043B
Schriftliche Arbeit jeder Art, Klagen und Gerichtsachen, Steuer-Reklamationen, Briefe, fertigt erfolgreich und billig Franz Wildhagen, Charlottenburgerstr. 32, Quergebäude III.
Augustinabad, Rückenfrage 60, Bäder jeder Art für sämtliche Krankheitsfälle. 7362*
Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Reinert, W. Salomonstraße 66, 2. Hof parterre. 2387*
Metallbruch aller Art tauf Broderick, Oppenstraße 16. 1811B
Vereinszimmer, Radhülle passend, Fernsprecher III 1785. N. S. Wilhelm-Gastmann, Badstraße 14.
Winkt-Instrumente aller Art werden repariert. Hühner lauter geschmitt. Polner, Instrumentenmacher, Weinbergweg 11a. 22906

Witri-Cigaretten, Rauche auf ihre unübertroffen seine Qualität aufmerksam. 1286*
Vermietungen.
Fabrikräume, Doppeltisch, große, kleine und mittlere, unter günstigen Bedingungen zu vermieten. S. Simon, Wilschstraße 1. 7092*
Arbeitsmarkt.
Stollengesuche.
Berichterer gesucht, Volkswirtschaft 43. 22575
Junger Mann, in allen Computern arbeiten sowie im Vaden erfahren, sucht sofort Stellung. Best. Offerten unter J. S. 100, Postamt 24. 22558
Vareigenosse, 24 Jahre, in bebrängter Lage, sucht Stellung gleichviel welcher Art. Offerten unter G. 7 an die Expedition des Vorwärts*.
Stellensgebote.
Grüde Reichenau-Schneider verlangt Deutsch u. Hochmann, Bismarckstraße 4.

Hoher Nebenverdienst für jedenmann! Prospekte gratis. Hermann Wolf, Zwickau (Sachsen), Wilschstraße.
Vermiethen verlangt Leopold Kohn, Neue Hofstraße 6, vom II.
Am Arbeitsmarkt durch beinahe den Druck hervorgerobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.
Ein geschickter 106,8*
Werkzeugmacher
der in der Anfertigung von Stanz- und Werkzeugen für Druckdröcke verfertigt ist, wird aufgenommen bei
Mich. Stransky,
Metallwarenfabrik,
Prag-Smichow, Przemyslagnass.
Achtung, Brauerei-Arbeiter!
Die Berliner Großbrauerei ist auf Grund der Abregulierung von 28 Knechtel-Arbeitern für organisierte Arbeiter gelöst. [41.11] Agitations-Kommission der Brauerei-Arbeiter.